Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Information

Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik

Monitor Familienforschung

Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik

Ausgabe 20

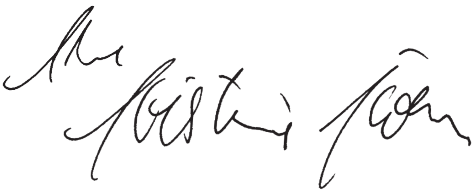
Familie

Vorwort

Eine neue Wahlperiode und – einige Wochen und Überraschungen später – auch eine neue Bundesfamilienministerin: Familienpolitik setzt neue Akzente, ohne den erfolgreichen Pfad der vergangenen Legislaturperiode zu verlassen. Ich kann auf einer guten Grundlage aufbauen. In den letzten Jahren hat eine moderne Familienpolitik als kluger Mix aus Zeit, Infrastruktur und Geld Konturen angenommen und Wirkung erzielt.

Doch auf diesen Erfolgen können wir uns nicht ausruhen. Die Entlastung von Familien und der Ausbau von familienunterstützenden Netzwerken stehen im Mittelpunkt unserer Familienpolitik in der neuen Legislaturperiode. Wir wollen zusätzliche Akzente setzen – etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und wir wollen neue Akzente setzen – etwa bei den Familienleistungen, um Armut zu reduzieren. Der neue Monitor Familienforschung zeigt, dass auch viele kommunale Akteure aktiv und erfolgreich Familienpolitik gestalten, z. B. in den Mehrgenerationenhäusern, den Lokalen Bündnissen für Familie oder in Netzwerken für Alleinerziehende.

Der neue Monitor Familienforschung gibt einen Überblick über ausgewählte lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik. Wir wollen, dass sich mehr Kommunen auf den Weg einer nachhaltigen Familienpolitik begeben. Denn dort, wo es Familien gut geht, profitieren auch Kommunen und Unternehmen vor Ort. Politik für Familien ist Politik für die Zukunft.



Dr. Kristina Köhler
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Inhalt

I. Aufgaben und Möglichkeiten lokaler Familienpolitik 4
1.1 Aufgaben lokaler Familienpolitik 6
1.2 Möglichkeiten lokaler Familienpolitik 7

II. Vom Nutzen familienfreundlicher Politik in der Kommune 9

III. Lokale Planung und Steuerung Lokaler Familienpolitik 14
3.1 Grundlagen nachhaltiger Familienpolitik auf kommunaler Ebene 14
3.2 Familienberichterstattung als (Planungs-)Instrument kommunaler Familienpolitik 15
3.3 Information und Qualifizierung für Kommunen 17

IV. Dienstleistungszentren rund um die Familie und Mehrgenerationenhäuser 19

V. Familienleitstellen als Bürgerservice/Familienbüros 24

VI. Lokale Bündnisse für Familie 29

VII. Ausblick 37

Literatur 38

Linkliste 44

Abbildungen

Abbildung 1: Familienpolitische Angebote in den Städten in Prozent 11

Abbildung 2: Leistungs-/Angebotsschwerpunkte Kommunaler Familienbüros 27

Abbildung 3: Lokale Bündnisse für Familie als Wachstumsprojekt 29

Abbildung 4: Bedeutung der zentralen Handlungsfelder für die Lokalen Bündnisse in Prozent 31

Abbildung 5: Durchschnittliche Anzahl eines Akteurstyps in den Lokalen Bündnissen für Familie in Prozent und Durchschnittswerten 33

Abbildung 6: Das strategische Konzept der Lokalen Bündnisse für Familie 34

Abbildung 7: Allgemeine Wirkungen der Lokalen Bündnisse für Familie 35

I.

Aufgaben und Möglichkeiten lokaler Familienpolitik

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für kommunale Familienpolitik finden sich in Art. 6 des Grundgesetzes: Bund, Länder und Gemeinden sind verpflichtet, Familien zu schützen und zu fördern. „Gemeinden, Städte und Kreise sind originäre Träger der Familienförderung. Diese ist Teil der gemeindlichen Allzuständigkeit“ (Dienel 2006: 301). Kommunen haben dabei Angebotsvielfalt sicherzustellen. Das bedeutet für die Gemeinden, dass sie „eine zentrale Moderatorenrolle in der Organisation familienbezogener Sozialdienstleistungen“ übernehmen (ebd.: 303).

Die konzeptionellen Überlegungen für eine familiengerechte Kommunalpolitik müssen demographische und sozialstrukturelle Veränderungen der Familienstrukturen, lebensphasen- und lebenslagenbedingte Anforderungen sowie spezifische örtliche und regionale Rahmenbedingungen für eine lebensräumlich orientierte kommunale Familienpolitik in Rechnung stellen. Mit der Grundlage des lebensräumlichen Konzepts haben sich Politikbereiche wie familiengerechtes Wohnen, familiengerechte Siedlungs- und Umweltbedingungen, familiengerechte Arbeitswelt, familienergänzende Betreuung und Erziehung, Familienbildung und -beratung sowie Familienorientierung des Gesundheitswesens und der sozialen Dienste als familienrelevant herausgebildet. Organisatorisch bedeutet dies, dass neue Kooperationsformen – z. B. familienpolitische Foren, Konferenzen –, neue Formen kommunalpolitischer Willensbildung – z. B. Familienkommissionen – und neue Arbeitsformen der Kommunalverwaltung – z. B. Familienbeauftragte sowie ämterübergreifende Arbeitsgruppen – eingerichtet werden (Zander/Dietz 2003).

Das Thema „Demographischer Wandel“ wird von rund 72,1 Prozent der Kommunen als wichtig eingestuft, allerdings behandeln nur rund 32,1 Prozent das Thema mit einer entsprechenden Priorität. Das führt zu der Schlussfolgerung, dass die Kommunen wesentlich aktiver bei der Gestaltung der Folgen des demographischen Wandels werden müssen (Bertelsmann Stiftung 2005). Immerhin ist bis 2030 ein Rückgang der Einwohnerzahl um 15 Prozent in den neuen und 4,5 Prozent in den alten Bundesländern – in Gesamtdeutschland um 5 Prozent – zu erwarten. Der Anteil der Kinder unter sechs Jahren schrumpft bis 2030 in den neuen Bundesländern um ein Drittel, in den alten Bundesländern um 10 Prozent. Der Anteil der bildungsrelevanten Bevölkerung – 6 bis 19 Jahre – schrumpft in den alten und neuen Bundesländern um jeweils 5 Prozent, der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung – 19 bis 67 Jahre – sinkt in den alten Bundesländern um 10 Prozent, in den neuen sogar um 30 Prozent. Der Anteil der älteren Bevölkerung – über 65-Jährige – steigt in den alten Bundesländern um 8 Prozent, in den neuen um 12 Prozent (Statistisches Bundesamt

2006). Im Jahr 2050 werden 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland über sechzig Jahre alt sein, während die Zahl der unter 20-Jährigen von derzeit 21 Prozent der Bevölkerung auf 15 Prozent sinken wird (Datenreport 2008).

Allerdings wird die kommunale Entwicklung in Deutschland sehr unterschiedlich verlaufen und die Regionen sind mit unterschiedlicher Intensität betroffen. Es müssen spezifische Antworten auf die demographischen Herausforderungen gefunden werden (Sächsischer Landtag 2008). „Die Landespolitik befindet sich dabei in der Rolle eines Mittlers zwischen Wachstumsregionen und schrumpfenden Gebieten. Sie muss die Rahmenbedingungen schaffen, um auch für von Schrumpfung betroffene Regionen eine Perspektive zu eröffnen, um bürgerschaftliches Engagement und stabile solidarische Strukturen zu stärken und regionalspezifische Lösungsansätze zu ermöglichen“ (ebd.: 10).

Auch wenn Simulationen[1] der Entwicklungslinien öffentlicher Haushalte zeigen, dass „Kommunen in der Durchschnittsbetrachtung in den nächsten zwei Dekaden erhebliche Finanzierungsspielräume gewinnen werden“ (Seitz 2008: 127), so mussten die Gemeinden wegen eines starken Rückgangs von Steuereinnahmen im Jahreswechsel von 2008 auf 2009 von einem positiven Finanzierungssaldo von +7,6 Mrd. Euro ausgehend ein Gesamtminus von mehr als 10 Mrd. Euro hinnehmen, was für 2009 ein negatives Saldo von –2,9 Mrd. Euro verursacht (Deutscher Städtetag 2009). Die Auswirkungen des demographischen Wandels – insbesondere der Alterung der Gesellschaft – rufen bei der Ausgabenstruktur der kommunalen Haushalte das Problem der Ausgabenremanenz hervor. Kommunale Einrichtungen sind für eine bestimmte Bevölkerungszahl ausgelegt. Sinkt diese, steigen die Pro-Kopf-Aufwendungen für die Dienste. In den meisten Fällen ist ein an die Bevölkerungsstruktur angepasster Rückbau nur bedingt bzw. zeitversetzt möglich (Kempkes/Seitz 2006, Seitz 2006). Bereits gegenwärtig kann eine steigende Zahl von Kommunen, vor allem in ländlichen Gegenden, durch die Folgen von Alterung, Geburtenrückgang und Abwanderung ihre Infrastruktur immer weniger aufrechterhalten. Im Jahr 2015 wird bundesweit jede vierte Grundschule vor der Schließung stehen, seit 1992/1993 ist die Schülerzahl in den neuen Bundesländern um 45,5 Prozent zurückgegangen (Statistisches Bundesamt 2009). „Wenn in Brandenburg die durchschnittliche Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum 50 Minuten beträgt, in Hessen nur 27 Minuten, jedoch die Kinder im Elbe-Elster-Kreis oder in der Prignitz dafür zwischen 70 und 80 Minuten Fahrzeit auf sich nehmen müssen (...), (sind) die Chancen für diese Kinder im Wettbewerb mit anderen Kindern, ihr Potenzial in gleicher Weise entwickeln zu können, deutlich eingeschränkt“ (Biedenkopf, Bertram, Niejahr 2009: 51). Die Entwicklung des demographischen Wandels, die in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt schon deutliche Spuren hinterlassen hat, beginnt mittlerweile auch in Nordhessen, Südniedersachsen und Oberfranken sichtbar zu werden (Hoffmann 2009).

1 Die Simulationen wurden für die Jahre 2004 bis 2030 vorgenommen und zwar getrennt nach den einzelnen Ebenen (Sozialsicherungssystem, Bundeshaushalt, Länder- und kommunale Haushalte. Hierbei handelt es sich um eine aggregierte Betrachtung, die der tatsächlichen Heterogenität zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften nicht Rechnung tragen kann. Die Daten sind wachstumsbereinigt, Datenbasis ist die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; betrachtet werden die Veränderungen der Altersstruktur der Gesellschaft (Seitz 2008).

1.1 Aufgaben lokaler Familienpolitik[2]

Bei aller Unterschiedlichkeit der demographischen, ökonomischen und politischen Entwicklung innerhalb der Regionen können Kernthemen benannt werden, die für Familien in Kommunen bundesweit relevant sind und aus denen sich konkrete Aufgaben ergeben. „Dabei lässt sich die Rolle der Kommunen als die von daseinsfürsorgenden, anregenden, koordinierenden und bei landes- oder bundespolitisch bedingten Handlungsdefiziten oder bewusster kommunalpolitischer Schwerpunktsetzung mit eigenen Maßnahmen tätigen Akteuren beschreiben“ (Gerlach/v. Hehl/Juncke 2009: 5). Hierbei sind die Pflichtaufgaben ein zentrales Wirkungselement, doch eine aktive kommunale Familienpolitik wird es erst, wenn Maßnahmen „der freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten“ (ebd.: 7) ergriffen werden.

Der Siebte Familienbericht (2006) weist das Gelingen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als zentrales Ziel für Politik auf kommunaler Ebene aus. Kern ist ein flexibles, qualitativ hochwertiges Angebot an Betreuung und Bildung für Kinder aller Altersgruppen. Wesentlich ist ebenfalls die Schaffung einer familienbewussten Führungskultur in den Unternehmen vor Ort.

Des Weiteren brauchen Familien Zeit. Der Takt des öffentlichen Lebens schlägt nicht synchron im Takt eines Lebens mit Fürsorgepflichten, sondern schafft ständigen Zeitstress, dem Eltern nach der Geburt eines Kindes nur schwer entkommen können (BMFSFJ 2009a). Der Entwicklung neuer Zeitstrukturen, die den täglichen Zeitstress reduzieren und damit eine deutliche Steigerung der Lebensqualität in den Familien und am Arbeitsplatz bewirken, ist hohe Priorität einzuräumen (Bertram 2005, Mückenberger 2007).

Aus Sicht der Eltern kommt der Qualität von Betreuungs- und Bildungsinstitutionen, von denen sie sich eine deutliche Entlastung bei der Vorbereitung ihrer Kinder auf den – immer höhere Anforderungen stellenden – Arbeitsmarkt wünschen, eine zentrale Funktion zu (Merkle/Wippermann 2008). Eine für die Alltagsgestaltung von Familien wichtige Aufgabe der kommunalen Ebene sind attraktive, bezahlbare und verlässliche Freizeit- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche. Kommunen haben die Aufgabe für belastete Familien, die mit finanziellen Schwierigkeiten oder Integrationsproblemen kämpfen, Wege zur Integration und Chancengleichheit für Kinder zu schaffen (Zander/Dietz 2003).

Weitere Studien über Elternwünsche verdeutlichen die Bedeutung der Ausgestaltung des direkten Wohn- und Lebensumfeldes für Kinder, Eltern und Großeltern – ein Aufgabenfeld für lokale Stadt- und Verkehrsplanung sowie für den städtischen Wohnungsbau und für die Wohneigentumserwerbspolitik (Müller-Burhop 2008). Maßgeblichen Einfluss haben lokale Planungsverantwortliche, wenn es um die Einrichtung und den Ausbau einer familienentlastenden Infrastruktur im Bereich von Betreuung und Bildung, bei familiengerechter Stadtplanung und der Förderung des Erwerbs von Wohneigentum geht. Die Prioritätensetzung von Verwaltungsspitzen spielt eine zentrale Rolle.

---

2 Das Unterkapitel „Aufgaben lokaler Familienpolitik“ hat überwiegend eine Kurzexpertise von Elisabeth Hoffmann zur Grundlage, die für den Monitor „Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik“ erstellt wurde.

Engagierte Einzelpersonen und Teams, ehrenamtlich oder in kommunal verankerten Institutionen – wie Kindertagesstätten, Schulen oder Jugend- und Gesundheitsämtern – setzen bereits seit einigen Jahren mit unterschiedlichem Erfolg effektive, familienstärkende Konzepte in die Praxis um. Die Rolle der kommunalen Verwaltungsspitze besteht oft darin, zukunftsorientierte Kompetenzteams in den Institutionen zu erkennen und diese „Innovationslokomotiven" mit moralischer, logistischer und finanzieller Unterstützung zu fördern (Hoffmann 2007).

Eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Projekte der Familienstärkung ist die Bildung lokaler/regionaler Kompetenznetzwerke, welche eine Kooperation zwischen Eltern sowie der Bürgergemeinschaft und familienrelevanten Professionen ermöglicht (Dienel 2006, Siebter Familienbericht 2006).

1.2 Möglichkeiten lokaler Familienpolitik

Nachhaltige Lösungen für mehr Familienfreundlichkeit sind auch auf lokaler Ebene notwendig. Dafür sind konkrete Maßnahmen für eine familiengerechtere Gesellschaft zu entwickeln, Entwicklungspartnerschaften zu initiieren und familienbezogene Netzwerke zu installieren (BMFSFJ 2009a). Die Kommunalisierung von Familienpolitik braucht hierbei immer die Unterstützung der Länder.[3] Die Mehrzahl der Projekte auf lokaler Ebene in Deutschland zielt auf eine Entlastung der Eltern ab und entspricht damit den Ergebnissen von Langzeitstudien[4], die belegen, dass das Elternwohl[5] maßgeblich das Kindeswohl beeinflusst (Hoffmann 2009).

Kinder und Eltern sollten bei der Entwicklung von Unterstützungsangeboten zu ihren Einschätzungen und ihrem Wohl in diesen Kontexten befragt werden (Bertram 2008). Ein neuer Bericht von Kurt Biedenkopf, Hans Bertram und Elisabeth Niejahr im Auftrag der

3 „Tendenziell lassen sich aus der heterogenen Aktivität der Bundesländer im Bereich der Familienpolitik zwei landespolitische Handlungsstrategien identifizieren: Einerseits entwickeln Bundesländer entlang der unterschiedlichen familialen Problemlagen eigene Programme für die kommunale Ebene (Innovations- und Experimentierfunktion), andererseits ist zu beobachten, dass Programme des Bundes mit solchen einzelner Bundesländer verknüpft und um spezifische Elemente ergänzt werden (Komplementärfunktion)" (Gerlach/v. Hehl/Juncke 2009: 45).

4 In der Disziplin des „Parentings" beschäftigt sich eine der forschungsleitenden Fragen mit den Voraussetzungen, die Eltern benötigen, um angemessen ihre Elternschaft auszuüben („good-enough" parenting). Die Forschungsergebnisse belegen, was Bürgergemeinschaften in Kommunen bereits erkannt haben, nämlich dass eine „conglomeration of impediments" im direkten Lebensumfeld von Eltern deren erzieherische Fähigkeiten und damit das Kindeswohl mindert (Hoghughi/Long 2004). Wie in aktuellen Konzeptionen über Formen und Inhalte der Fürsorge in der bundesdeutschen postindustriellen Gesellschaft (Bertram 2007) ist die Qualität elterlicher, fürsorgender Beziehungen auch im „Parenting"-Konzept nicht an eine Altershierarchie gebunden. Qualitätsvolle elterliche Beziehungen existieren ebenso in umgekehrter Altershierarchie, beispielsweise bei erwachsenen Kindern, die gegenüber ihren gealterten Eltern elterliche Verantwortung wahrnehmen (Hoffmann 2009).

5 Die Stiftung Ravensburger Verlag hat Prof. Dr. Hans Bertram von der Humboldt-Universität zu Berlin und Prof. Dr. C. Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung mit einer Elternumfrage beauftragt. Die Analyse der familiären und beruflichen Situation von Eltern in Deutschland, ihre Zukunftserwartungen an Politik und Gesellschaft sowie die Grundeinstellung und Werthaltungen von Eltern sind Ziele des Forschungsprojektes „Das elterliche Wohlbefinden". Es wurde ein mehrdimensionaler Ansatz gebildet, um das elterliche Wohlbefinden umfassend abbilden zu können (http://www.ravensburger.de/web/Elternumfrage-2009__3245371-3245411-3288142-75887693.html). Erste Ergebnisse des Ravensburger Elternsurveys werden im Frühjahr 2010 vorgestellt.

Robert Bosch Stiftung (2009) betont, dass die Definition des Kindeswohls[6] des Kindes überall gleich ist. Allerdings unterscheiden sich die konkreten Lebensbedingungen in den Kommunen und Gemeinden stark, sodass die konkreten individuellen Leistungen und Maßnahmen in den jeweiligen Regionen sehr unterschiedlich aussehen können. Damit gilt, „das Kindeswohl als Handlungsprinzip für die kommunale Familienpolitik" (ebd.: 72) anzuwenden. Ebenso muss das Wohlergehen von Eltern und älteren Angehörigen durch die Sicherung angemessener Konzepte bedacht werden (ebd.).

Eine bedeutsame Voraussetzung für eine neue Familienpolitik sieht die Bosch-Kommission darin, „die Subsidiaritätsfähigkeit der Familie wiederzugewinnen" (ebd.: 24). Das Subsidiaritätsprinzip als Leitidee der Familienpolitik meint, dass die Menschen ermutigt werden, Bindungen einzugehen und Verantwortung füreinander zu übernehmen. Diese Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet soziale Investition, nicht soziale Redistribution. Die Rolle, die die lokale Gemeinschaft für den Subsidiaritätsgedanken übernimmt, beinhaltet die Ausgestaltung einer netzwerkgestützten Familienpolitik, in der die Familie zwischen Eigenverantwortung und personaler Solidarität angesiedelt ist. Familienpolitik muss sich somit zuerst auf der kommunalen Ebene entfalten – dazu ist das unmittelbare Umfeld (soziale Netze) zu stärken. „Deshalb ist die Ausweitung kommunaler Kompetenzen ebenso zu unterstützen wie eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Städten und Gemeinden" (ebd.: 33).

Biedenkopf, Bertram und Niejahr empfehlen des Weiteren auf kommunaler Ebene Quervergleiche und Bewertungen der familienpolitischen Aktivitäten. „Sie sollen sichtbar machen, welche Maßnahmen der Städte zur Lösung familienpolitischer Anliegen beitragen können und unter welchen Bedingungen" (ebd.: 89). Die Landesebene profitiert dann von der Sichtbarkeit vielfältiger Initiativen wie auch von deren Nachhaltigkeit (ebd.).

Kommunale Familienpolitik, die auf die Kooperation zwischen Eltern und professionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufbaut, kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie gesellschaftliche Gruppen anspricht, sich an der Gestaltung des Lebensumfeldes arbeitsteilig zu beteiligen.

6 UNICEF hat das kindliche Wohlbefinden nach sieben Dimensionen unterteilt und damit einen Ansatz eröffnet, durch den Vergleich internationaler und nationaler Entwicklungen eine nachhaltige Kinderpolitik zu entwickeln. Im Folgenden werden die Dimensionen erläutert. Die Dimension der materiellen Situation beruht auf der Messung der relativen Einkommensarmut, der Höhe der Arbeitslosigkeit der Eltern und den Mangelsituationen. Die Gesundheitsdimension betrachtet das Säuglingsgewicht, die Säuglingssterblichkeit, den Anteil geimpfter Kinder und die Höhe von Unfällen und Verletzungen. Die Bildungssituation wird durch das schulische Leistungsvermögen mit 15 Jahren, den Besuch weiterführender Schulen und den Anteil der 15- bis 19-Jährigen, die entweder zur Schule gehen oder einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben, beschrieben. Die Dimension der Beziehungen zu Eltern und Gleichaltrigen wird durch die Familienstruktur – z. B. Anteil der Kinder, die mit einem Elternteil aufwachsen oder in Pflegefamilien leben, den Familienalltag mit der Frage nach gemeinsamen Mahlzeiten und gemeinsamer Zeit zum Reden und den Beziehungen zu Gleichaltrigen ermittelt. Bei der Dimension des Verhaltens und der Risiken analysiert UNICEF die gesunde Lebensweise, das risikoreiche Verhalten – wie Risiken beim Sexualverhalten, Rauchen, Alkohol- und Cannabismissbrauch und Erfahrungen mit Gewalt. Die Dimension der eigenen Einschätzung der Kinder und Jugendlichen und somit zur eigenen Gesundheit, zur Situation in der Schule und zur allgemeinen Zufriedenheit rundet die Betrachtung des Kindeswohls ab (Bertram 2006).

II.

Vom Nutzen familienfreundlicher Politik in der Kommune

Familien sind für Kommunen über die Nachwuchssicherung hinaus wichtig, denn eine bedarfsgerechte Familienpolitik sichert unter anderem Standortqualität und Entwicklungschancen der Kommunen. Eltern investieren nicht nur in die Zukunft ihrer Kinder, sondern auch in die Zukunft von Nachbarschaft und Gemeinde. Investitionen werden gleichermaßen in das Humankapital, in das Sozialkapital und in das ökonomische Kapital einer Gemeinde und Gesellschaft getätigt.[7] Entwicklungspotenziale und Standortqualität der Kommunen sind grundsätzlich an familienfreundliche Lebensbedingungen vor Ort gebunden. Dazu ist es erforderlich, eine kommunalpolitische Gesamtstrategie zu entwerfen, um die Entwicklung familienpolitischer Aktivitäten in der Kommune zu fördern, auszubauen und zu optimieren[8] (Bertram 2009).

Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sind auf die Leistungen von Familien angewiesen. Die Abhängigkeit des staatlichen Gemeinwesens von Familien ist existenziell – eine Tatsache, die besonders in Kommunen sichtbar wird, den staatlichen Institutionen mit dem engsten und unmittelbarsten Bezug zu Familien. Kinder und junge Menschen sind ein Motor der lokalen Wirtschaft. Gelingende Schul- und Ausbildungsbiografien sind die Voraussetzung dafür, dass die lokale Wirtschaft durch qualifizierte Fachkräfte und Konsumenten floriert. Zugleich tragen Erfolg in Schule, Ausbildung und Beruf der Menschen vor Ort wesentlich zu einem prosozial und kulturell gestalteten Gemeinwesen bei, in dem Menschen gerne leben und demgegenüber jeder Einzelne persönlich Bindung, Verantwortung und Kreativität entwickeln kann. Wenn Eltern und Kinder unter sozialer Isolation, Erwerbslosigkeit, mangelnden Möglichkeiten der Vereinbarung von Familie und Beruf oder anhaltenden Schul- und Ausbildungsproblemen leiden, sind die Konsequenzen zuerst im direkten Lebensumfeld spürbar: Nicht allein die Überalterung der Bevölkerung und das Fehlen von Kindern,

7 Auch in den USA ist dieses Thema aktuell und die Cornell Universität hat für die American Planning Association im letzten Jahr die Studie „Familienfreundliche Kommunen“ durchgeführt. Die 944 befragten Städteplaner gaben zu 100 Prozent an, dass Familien zum Wachstum und zur Nachhaltigkeit einer Kommune beitragen. Für mehr als drei Viertel ist die Familie die relevante Bevölkerungsgruppe, wenn es um die Reinvestition von Zeit, Geld und anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements in die Stadt oder Kommune geht. Zudem spielen Familien eine große Rolle als Konsumenten von Waren und Dienstleistungen innerhalb der Kommune. Die durchschnittlichen Kosten einer Familie für ein Kind bis zum 17. Lebensjahr betragen 196.010 US-Dollar in den untersten Einkommensgruppen und 393.230 US-Dollar in den höchsten Einkommensgruppen (Bureau of Labor and Statistics 2008).

8 Um eine nachhaltige Familienfreundlichkeit in den Kommunen zu verankern, entwickeln das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, die berufundfamilie gGmbH der Hertie-Stiftung und die Bertelsmann Stiftung zurzeit im Rahmen eines Pilotprojektes ein Verfahren zum „Audit familiengerechte Kommune“. Das Audit wird zunächst in vier Testkommunen Nordrhein-Westfalens – Rödinghausen, Kreuztal, Gladbeck und Düsseldorf – erprobt. Die Kommunen profitieren dabei zum einen von einer neu entwickelten Politik umfassender Unterstützungen und Förderungen für Familien und werden zum anderen mit einer Zertifizierung als familiengerechte Kommune ausgezeichnet. Ab 2012 soll das „Audit familiengerechte Kommune“ allen Kommunen zur Verfügung stehen (Gerlach/v. Hehl/Juncke 2009).

sondern auch belastete, isolierte und in Teilen scheiternde Menschen jungen und mittleren Alters prägen das soziale und kulturelle Klima einer Kommune und beeinflussen deren ökonomische Prosperität, die primär auf Steuereinnahmen und Einnahmen aus Entgelten fußt (Hoffmann 2009).

Wirtschaftliche Zukunft und Wohlstand der Städte und Landkreise sowie deren Attraktivität für Investoren hängen künftig immer stärker davon ab, ob Regionen ein lebenswertes Umfeld für Familien und berufliche Perspektiven bieten können. Die Vorteile einer familienfreundlichen Politik für die Regionen liegen auf der Hand: Sie sichert einerseits, in Form erhöhter Attraktivität als Wohnstandort, kommunale Steuereinnahmen und andererseits, durch ein breites Angebot an Arbeitskräften, die Bestandsentwicklung regionaler Unternehmen sowie deren Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit (BMFSFJ 2007).

„Ein familienfreundliches Lebensumfeld wertet den kommunalen und regionalen Standort auf und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen oder zieht weitere Unternehmen an. Für die künftig zunehmende Konkurrenz bei der Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften sind familienfreundliche Rahmenbedingungen der Kommune und des Kreises von großer Bedeutung“ (IW Köln[9]: 9).

Die mittlerweile auf 590 angestiegenen Lokalen Bündnisse für Familie sind ein deutlicher Indikator für ein familienfreundliches Klima und tragen zum Nutzen der Potenziale in Gemeinden und Regionen bei. Auf lokaler Ebene gewinnen die Bündnisse für Familie an Bedeutung, welche das Ziel haben, mehr Bewusstsein für Qualitätszeit – also familienbewusste Zeit- und Personalpolitik – zu schaffen. Dies sehen auch zwei Drittel der 2008 durch das IW Köln befragen Unternehmen so (ebd.). Den Unternehmen nutzen die Erfahrungen und das Know-how der beteiligten Bündnisakteure. Die Träger der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe können neue Impulse zur Weiterentwicklung ihres Angebots, in Form passgenauer und bedarfsgerechter Angebote, zur optimalen Nutzung der Ressourcen und Effizienzerhöhung durch Kooperation und Synergieeffekte bekommen (vgl. Kapitel VI). Gute Rahmenbedingungen für Familien sichern die Qualität und Zukunft des Wirtschaftsstandortes. Die Familieneinkommen können steigen und in regionalen Konsum umgesetzt werden, was bei den Kommunen zu zusätzlichen Steuereinnahmen und verminderten Transferleistungen führt[10] (ebd.).

Die Einflussfaktoren für die Binnenwanderung junger Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren sind 2005 vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Kubis/Schneider 2007) auf Kreisebene untersucht worden. Es wird der Einfluss von drei vermuteten Wanderungsbewegungen untersucht. Darunter das Motiv einer Wanderung aus partnerschaftlichen oder familienorientierten Gründen, was einen signifikanten Einfluss auf die Wanderungsentscheidung hat (IW Köln 2009). Hier waren das regionale Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen sowie eine gute Kindergarteninfrastruktur ausschlaggebend. Die Vereinbarkeit von Familie

9 Der Endbericht der Expertise „Standortfaktor Familienfreundlichkeit“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, der Ende Dezember 2009 folgt, lässt Aussagen zum Zuzug von Familien durch die Attraktivität von Kommunen, zum erhöhten Steueraufkommen durch die Ansiedelung von Unternehmen und zur erhöhten Wettbewerbsfähigkeit durch die Senkung von Kosten erwarten (IW Köln 2009).

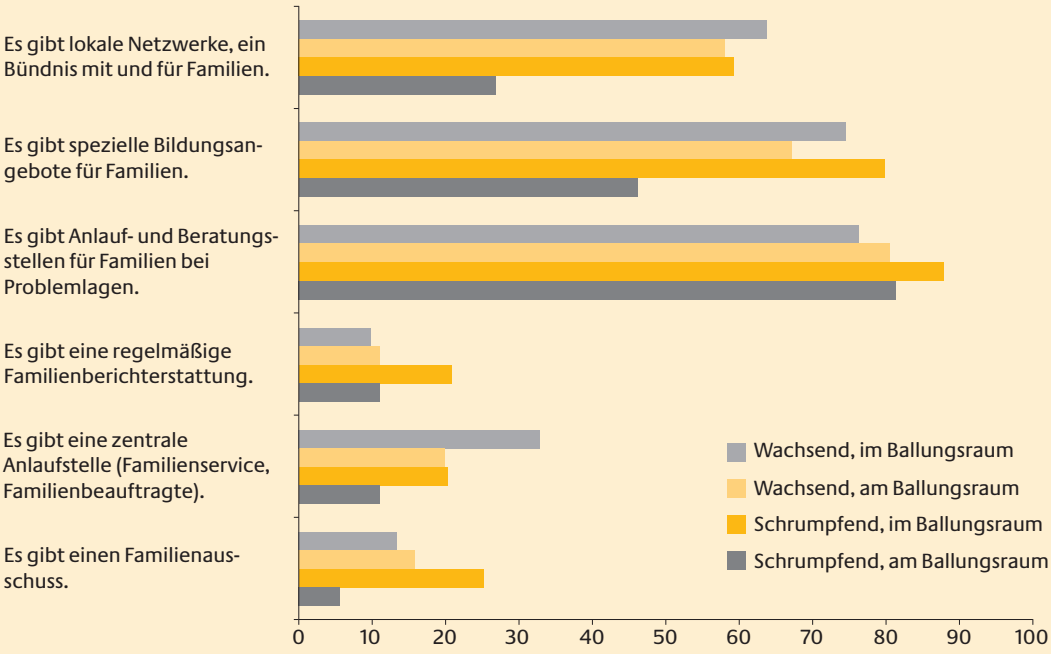
10 Allerdings basieren diese Ergebnisse auf einzelnen Fallstudien und sind nicht verallgemeinerbar (ebd.).

und Beruf ist aus regionalpolitischer Sicht ein Zuzugs- oder Haltefaktor. Dies zeigt sich dann auch in höheren Steuereinnahmen für Kommunen, Länder und Bund (ebd.).

Die wichtigsten Handlungsfelder aus Sicht der Kommunen sind Schulentwicklung, bürgerschaftliches Engagement, Wirtschaftsförderung, Stadtplanung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie altersgerechtes Wohnen. Die Kinder und Familienpolitik ist in 96,1 Prozent der Kommunen ein Standortfaktor. Die wichtigsten Aspekte einer modernen Kinder- und Familienpolitik sind die bedarfsgerechte Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine familiengerechte Wohnungs- und Wohnumfeldpolitik[11] (Bertelsmann Stiftung 2005[12]).

Insgesamt lässt sich eine hohe Bedeutung des Themas „Kinder- und Familienfreundlichkeit" feststellen, was auch mittlerweile durch immer mehr Aktivitäten in den Kommunen gewürdigt wird. Spezielle Anlauf- und Beratungsstellen gibt es in 74,4 Prozent und spezielle Bildungsangebote für Familien gibt es in 58,6 Prozent der Kommunen. Lokale Netzwerke für Familien sind in 46,7 Prozent der Kommunen zu finden. Kaum vorhanden sind Familienbeauftragte (17,6 Prozent), Familienausschüsse (15,9 Prozent) und regelmäßige Familienberichterstattung (8,1 Prozent)[13] (vgl. Abbildung 1) (ebd.).

Abbildung 1: Familienpolitische Angebote in den Städten in Prozent



Datenbasis: Bürgermeisterbefragung 2005
Quelle: Bertelsmann Stiftung 2005

11 Je größer die Kommune ist, desto höher ist die Wichtigkeit der einzelnen Aspekte. Dabei gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern (Bertelsmann Stiftung 2005).

12 2005 führte die Bertelsmann Stiftung die repräsentative Umfrage „Aktion Demographischer Wandel" in Kommunen ab 10.000 Einwohner in Deutschland durch. Von den 1.436 angeschriebenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern antworteten 648 Kommunen, was einer Rücklaufquote von 45,13 Prozent entspricht. Die Befragung gliederte sich in folgende Teile: „Stellenwert und Handlungsmöglichkeiten", „Organisatorische Verankerung", „Handlungsfelder" – Wichtigkeit und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen (Wohnen und öffentliche Infrastruktur; Wirtschaft und Beschäftigung; Bildung und Schule; Migration und Integration; Sozialpolitik und soziale Stabilität; Kultur, Freizeit und Sport; Finanzen, Personal und Organisation), „Seniorenpolitik und Altenplanung", „Kinder- und Familienpolitik" sowie allgemeine Angaben zur Kommune (Einwohnerzahl, Zentralität, siedlungsstruktureller Raumtyp, Bundesland etc. (ebd.).

13 Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern gibt es nur in den Anlauf- und Beratungsstellen (neue Länder: 92,2 Prozent – alte Länder: 71,5 Prozent). Die kleineren Kommunen verfügen häufiger über einen Familienausschuss als die größeren Kommunen (ebd.).

Der von der Prognos AG mittlerweile zwei Mal erstellte Familienatlas zeigt, dass in allen Regionen Potenziale liegen, die sich durch familienfreundliche Politik erschließen lassen. Der Familienatlas 2007 soll Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als fundierte Standortbestimmung im Vergleich mit anderen Regionen dienen. Die Potenziale und Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der regionalen Situation sollen aufgezeigt werden, damit der Anspruch einer wirkungsorientierten und nachhaltigen Familienpolitik verwirklicht werden kann. Der Familienatlas 2007 soll den Entscheidungsträgerinnen und -trägern auf lokaler und Bundesebene wichtige Hinweise für die Entwicklung der Lebensbedingungen von Familien geben, damit diese vor Ort, basierend auf empirischen Erkenntnissen, von den Regionen nachhaltig und wirkungsorientiert verbessert werden können. Der Familienatlas 2007 stellt eine deutliche konzeptionelle Weiterentwicklung des ersten Atlas aus dem Jahr 2005 dar. Die Indikatorik wurde erweitert und der Fokus des Interesses liegt nun auf der strikten Trennung von regional- und kommunalpolitisch beeinflussbaren Handlungsfeldern (BMFSFJ 2007).

Basis der Messung der Familienfreundlichkeit der 439 Kreise und kreisfreien Städte sind vier familienpolitisch relevante und regionalpolitisch beeinflussbare Handlungsfelder – „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Wohnsituation und Wohnumfeld“, „Bildung und Ausbildung“ und „Freizeit- und Kulturangebote“, also Politikbereiche, die auf Ebene der Kommunen und Kreise zum Großteil direkt gestaltbar oder wenigstens mittelbar beeinflussbar sind. Dabei werden insgesamt 20 Indikatoren[14] einer Region erfasst und ausgewertet. Für das Ranking der Handlungsfelder wird aus den Rang-Werten der Einzelindikatoren eines Handlungsfeldes das arithmetische Mittel errechnet, welches dann den Indexwert für das gesamte Handlungsfeld darstellt. Der Handlungsfelder-Gesamtindex soll eine Gesamtbetrachtung der für Familien relevanten kommunalpolitischen Handlungsfelder darstellen. Außerdem wird aus den Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt und Demografie ein Rahmenbedingungen-Gesamtindex gebildet. Aus beiden Indizes ergibt sich ein Gesamtranking der Regionen, das aus neun Gruppen besteht. Die Untergliederung reicht von „Top-Regionen für Familien“ bis „zurückfallende Regionen“ (ebd.).

Ob der Familienatlas mit den gewählten Handlungsfeldern allen Familientypen gerecht wird oder zu stark mittelschichtspezifisch ausgeprägt ist, wird gelegentlich diskutiert. Familiäre Lebensformen und -wirklichkeiten können durch zu unterschiedliche Verfügbarkeit von aktuellen und vergleichbaren Daten nicht berücksichtigt werden. Im Vergleich zu der – im folgenden Kapitel III. beschriebenen – Familienberichterstattung ist die Datenbasis des Familienatlas tatsächlich begrenzt. Die Erstellung eines stark bewertenden Rankings

14 Es werden folgende Indikatoren zu den Handlungsfeldern betrachtet: 1. zum Handlungsfeld „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ Indikatoren wie die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, die Betreuungsquote der unter dreijährigen Kinder, die Ganztagsbetreuungsquote im Kindergartenalter; 2. zum Handlungsfeld „Wohnsituation und Wohnumfeld“ Indikatoren wie die Erschwinglichkeit von Wohneigentum, die Entfernung zu Mittelzentren, die Freifläche und Erholungsfläche je Einwohnerin/Einwohner, der Anteil an Familienwohnungen, die Kriminalitätsrate und die Dichte an Kinderärztinnen und Kinderärzten; 3. zum Handlungsfeld „Bildung und Ausbildung“ Indikatoren wie die Schüler-Lehrer-Relation, die durchschnittliche Klassengröße in der Primarstufe und Sekundarstufe, die erteilten Unterrichtsstunden je Schülerin/Schüler und die Ausbildungsplatzdichte und 4. zum Handlungsfeld „Freizeit- und Kulturangebote“ Indikatoren wie Betreuungspersonen in der Jugendarbeit, die Kinder- und Jugendpartizipation im Sportverein, der Anteil an die Musikschülerinnen und Musikschülern und die Nutzung öffentlicher Bibliotheken. Ergänzend hierzu noch die Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt, und Demografie mit Indikatoren zu Beschäftigungssituation und Arbeitsmarkt, Altersstruktur und Geburten sowie Fort- und Zuzügen (BMFSFJ 2007).

unterliegt einer eingeschränkten Indikatorenbasis. Dies kann dazu führen, dass familienpolitische Anstrengungen und Intentionen der Kommunen nicht im Einzelfall angemessen gewürdigt werden. Hervorzuheben ist allerdings, dass der Atlas als einziges Instrument bundesweit einheitliche Daten zur Lage von Familien regelmäßig vorlegt, die die Regionen vergleichbar machen und zu weiterem Engagement anregen können. Zudem hat der Atlas eine familienpolitische Debatte auf kommunaler Ebene angeregt und die Bedeutung der Thematik in der Öffentlichkeit ansteigen lassen (ZEFIR 2008). So sind auch diverse Lokale Bündnisse für Familie als Reaktion auf Ergebnisse im Familienatlas entstanden. Auch Kammern und Unternehmen sind in vielen Fällen über den Familienatlas zum Engagement motiviert worden.

III.

Lokale Planung und Steuerung lokaler Familienpolitik[15]

3.1 Grundlagen nachhaltiger Familienpolitik auf kommunaler Ebene

Grundlage einer nachhaltigen Familienpolitik in der Kommune[16] ist, dass sie sich neben einer guten Wissensbasis auf breite Akteursbündnisse gründen muss, dass sie Integration sowie klare und verlässliche Strukturen braucht und dass sie als beteiligungsorientierter Prozess angelegt sein muss (Schultz, Strohmeier und Wunderlich 2009).

Eine Familienpolitik, die als örtliche Gesamtaufgabe verstanden wird – also neben Politik und Verwaltung weitere örtliche Akteure einbindet – ist von herausragender Bedeutung. Kommunen sind in diesem Prozess in erster Linie als Initiatoren und Moderatoren gefragt. Zum einen hat die Kommunalverwaltung den besten Überblick über familienpolitisch relevante Akteure und sie hat „Zugänge zu allen Akteuren" (ebd.: 201). Weiterhin formulieren die Autorin und Autoren vor dem Hintergrund ihrer Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Kommunen, dass „ein Funktionieren solcher Angebotsnetzwerke vor Ort davon abhängt, wie die Kommunen ihre Moderatorenrolle wahrnehmen. Interpretiert eine Kommune ihre Rolle zu defensiv und bietet keine verbindlichen Strukturen und/oder stellt den anderen beteiligten Akteuren zu wenig Ressourcen zur Verfügung, läuft das kommunale Netzwerk Gefahr, sich zu verlaufen, insbesondere wenn es keine sichtbaren Erfolge der Kooperation im Rahmen dieses Netzwerkes gibt. Interpretiert die Kommune dagegen ihre Rolle als Moderator zu offensiv und sehen sich die Akteure außerhalb der Verwaltung eher als Erfüllungsgehilfen kommunal vorgegebener Strategien und Konzepte, so ziehen sich die anderen Akteure recht schnell zurück und beenden ihre Arbeit bzw. arbeiten im günstigsten Fall an eigenen Projekten, die in eine Gesamtstrategie einzubinden dann jedoch besonders schwierig ist" (ebd.).

Kommunale Familienpolitik braucht eine Koordination der Verwaltung nach innen und nach außen. Möglichkeiten einer ressortübergreifenden Kooperation in der Verwaltung sind laut Bogumil (2007) ein Amt für kommunale Familienpolitik, Stabsstellen, das Konzept der Federführung, Projektorganisation oder Koordinationsgremien. Je nach angewandtem Modell verfügen die mit kommunaler Familienpolitik befassten Beschäftigten der Verwal-

15 Das Kapitel „Lokale Planung und Steuerung lokaler Familienpolitik" hat eine Kurzexpertise von Julia Vollmer und Holger Wunderlich (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung der Ruhr-Universität Bochum) zur Grundlage, die für den Monitor „Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik" erstellt wurde.

16 Das Handbuch Kommunale Familienpolitik (Schmidt 2006) kann dabei als Arbeitshilfe für die Implementierung familienfreundlicher Maßnahmen in der Kommune dienen.

tung über unterschiedlich viele Informationen, Entscheidungskompetenzen und Durchsetzungskraft. Im Idealfall gilt es, die Koordinierung nach innen mit einer Koordinierung nach außen zu verbinden, also eine zentrale Stelle, die neben ihrer Verknüpfungsfunktion in der Verwaltung zudem als zentrale Anlaufstelle für Familien und als Vermittlungsstelle zur Politik dient. Durch die Aktivierung von Familien im Rahmen von Beteiligungsverfahren kann die Akzeptanz von Projekten und Programmen erhöht werden, da durch die Mitsprachemöglichkeiten eine Identifikation eher möglich ist. Schließlich geht man davon aus, dass durch die Beteiligung auch grundsätzlich die Potenziale für Selbsthilfe und freiwilliges Engagement gestärkt werden (Engelbert 2009: 1).

3.2 Familienberichterstattung als (Planungs-)Instrument kommunaler Familienpolitik

Lange Zeit war kommunale Familienberichterstattung – also Berichterstattung mit Konzentration auf Familie und einem räumlich begrenzten lokalen Bezug – nur ein Nebenschauplatz der Sozialberichterstattung. In den letzten zehn Jahren jedoch sind zunehmend Aktivitäten zur Familienberichterstattung auf kommunaler Ebene zu verzeichnen. Diese Aussage gilt für Kommunen in Nordrhein-Westfalen. In den anderen Ländern ist der Entwicklungsstand derzeit noch signifikant schwächer. Die Popularität von Familienberichterstattung geht einher mit einem Perspektivwechsel von kommunaler Sozial- und Familienpolitik und damit auch von kommunaler Berichterstattung. Das Instrument kommunaler Sozial- und Familienberichterstattung wurde in einer Zeit entwickelt, in der die kommunale Sozial- und Familienpolitik durch einen Wechsel von der Input- zur Outputorientierung geprägt war. Die Aufwertung von Familienberichterstattung ist vor dem Hintergrund einer genau entgegengesetzt verlaufenden Entwicklung zu verstehen: Nicht reformpolitischer Gestaltungswille, sondern eine „eher pragmatische Orientierung auf Bestandssicherung“ (Bartelheimer 2001: 35) charakterisiert die aktuelle Situation kommunaler Sozial- und Familienpolitik. Kommunale Familienberichterstattung dient unter diesen Rahmenbedingungen u. a. dazu, die knapper werdenden Finanzmittel vor dem Hintergrund eines kontinuierlich wachsenden Handlungsdrucks möglichst effektiv und effizient einzusetzen.

Nachdem es bis vor wenigen Jahren nur sehr allgemeine Orientierungshilfen für kommunale Familienberichterstattung gab – was sich in einer sehr heterogenen Berichtslandschaft ausgedrückt hat (Wunderlich 2007) –, wurde in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des fünfjährigen Modellprojektes „Kommunale Familienberichterstattung und kommunales Management für Familien“[17] ein Konzept kommunaler Familienberichterstattung entwickelt, mit dem dieses Defizit aufgearbeitet wurde. Gemeinsam mit den Städten Gelsenkirchen, Herten, Oberhausen und dem Kreis Unna wurde ein Instrument entwickelt, das den Akteuren in Politik und Verwaltung Informationen sowohl für politische Grundsatz- als auch für laufende Verwaltungsentscheidungen zur Verfügung stellt. Das Ergebnis dieses Modellprojektes ist ein Konzept kommunaler Familienberichterstattung, das auf zwei unterschiedlichen Datengrundlagen basiert: zum einen auf amtlichen und prozessproduzierten Daten der Kommunalverwaltung und zum anderen auf Familienbefragungsdaten.

17 Land Nordrhein-Westfalen mit dem Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) als wissenschaftlicher Partner.

Die amtlichen und prozessproduzierten familienrelevanten Daten werden entweder in Form von Sozialraumbeschreibungen und -analysen aufgearbeitet oder in ein internetbasiertes „Familienstatistisches Informationssystem“[18] eingespielt. Grundlage beider Möglichkeiten ist ein Indikatorenkatalog, der zusammen mit nordrhein-westfälischen Kommunen entwickelt wurde und laufend an die sich ändernden Verhältnisse angepasst wird. Im Rahmen der Familienberichterstattung werden die Daten in Zusammenarbeit mit den Kommunen zusammengetragen und wissenschaftlich und praxisorientiert aufbereitet. Außerdem wird zu ausgewählten familienpolitischen Themen eine schriftliche Befragung von Familien durchgeführt. Inhalte dieser Befragung sind Aspekte der sozialen und ökonomischen Lebenssituation und der Zufriedenheit von Familien, also Bereiche, die mit amtlichen Daten nicht oder nur sehr unzureichend abgebildet werden können. Es werden Familienform und Haushaltszusammensetzung sowie Einkommens- und Erwerbssituation abgefragt und Fragen zu den Kindern und zur innerfamilialen Betreuungssituation, zur Wohnsituation und zur Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld gestellt. Zudem werden Freizeitaktivitäten, die Arbeitsteilung der Eltern, der Besuch von kommunalen Behörden und die Inanspruchnahme von Beratungs- und Dienstleistungsangeboten erfragt. Auf der Basis der amtlichen und prozessproduzierten Daten und der Familienbefragung entstehen außerdem schriftliche kommunale Familienberichte, die aus zwei Basismodulen – soziodemographische und sozioökonomische Daten – und aus Zusatzmodulen – Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Lebensräume von Familien, Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf, die Kinder in der Familie, Familie und Bildung, Bevölkerungsprognose, Kinderbefragung und Qualitativer Zugang – bestehen.

Familienberichterstattung leitet, so formuliert Klaus Peter Strohmeier (2009), keinen Politikwechsel ein, sondern ist Hilfsmittel einer Politik vor Ort, die etwas bewegen will. Das Dilemma kommunaler Familienberichterstattung besteht jedoch darin, dass von ihr häufig erwartet wird, was sie gar nicht leisten kann: Berichterstattung ersetzt keine Fachplanung, sondern bereitet diese „nur“ vor bzw. unterstützt sie. Wenn von Familienberichten Lösungen erwartet werden, stellt dies eine Überforderung von Berichterstattung dar. Die eigentliche Maßnahmenplanung und -durchführung sollte nicht direkt Bestandteil kommunaler Familienberichterstattung sein“ (Wunderlich 2007: 11). Die Formulierung von konkreten Maßnahmen erfolgt in den Kommunen immer erst in einem zweiten Schritt und muss zudem vor Ort sehr unterschiedlich gestaltet werden.

Rankings sind bei den Kommunen nicht erwünscht. Durch die Standardisierung des Instruments sind allerdings interkommunale Vergleiche möglich, was eine weitere Bewertungsmöglichkeit der jeweiligen kommunalen Ergebnisse darstellt. Die Familienberichte liefern damit das Wissen, das zur Gestaltung einer sozialraum- und zielgruppenorientierten nachhaltigen Familienpolitik vor Ort notwendig ist.

18 Im „Familienstatistischen Informationssystem“ können Daten der Kommune über eine interaktive Datenbank im Internet eingestellt und abgefragt werden. Kennzahlen und Indikatoren zur Lage der Familien werden kleinräumig ausgegeben und tabellarisch, grafisch und kartografisch dargestellt. Ein öffentlich zugängliches System, das die Funktionalität dieses Systems veranschaulicht, findet sich im Internet unter: http://www.statistikinformationssystem.de/rubs/

Eine kommunale Sozialberichterstattung wie in Nordrhein-Westfalen hat auch deshalb mittlerweile landesweit Erfolg, weil die Ruhr-Universität Bochum den Schwerpunkt der interdisziplinären Regionalforschung gefördert hat. So ist eine genauere Kenntnis über die Lage in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten erreichbar und unterschiedliche familienpolitische Maßnahmen könnten angepasst werden. Verantwortliche der bereits mit kommunaler Familienberichterstattung vertrauten Städte und Gemeinden könnten in Workshops und Tagungen den Vertreterinnen und Vertretern von Ländern und Kommunen, die bislang keine kommunale Familienberichterstattung besitzen, Tipps und Hinweise für deren Erstellung geben. Zu diesen Veranstaltungen könnten darüber hinaus Expertinnen und Experten aus Forschungsinstituten eingeladen werden, die auf kommunale Familienberichterstattung spezialisiert sind.[19]

3.3 Information und Qualifizierung für Kommunen

Zahlreiche Kommunen wollen – ob auf der Basis von Familienberichten oder nicht – etwas für Familien tun, wissen häufig aber nicht genau wie. Voraussetzung für eine nachhaltige Familienpolitik auf kommunaler Ebene ist ein Rahmen, in dem übergreifende Strategien und konkrete Maßnahmen entwickelt werden können. Akteure im Feld kommunaler Familienpolitik sind außerdem erfahrungsgemäß ausgesprochen offen für Kooperationen mit anderen. Ein Partner der Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist das Informations- und Qualifizierungszentrum für Kommunen. Dieses bei der Ruhr-Universität Bochum angesiedelte Serviceangebot des Landes unterstützt die kommunalen Akteure in Nordrhein-Westfalen bei der konkreten Gestaltung kommunaler Familienpolitik. Ziel der Arbeit ist es, Kommunen dabei zu unterstützen, eine für sie passgenaue Familienpolitik zu entwickeln und familienfreundliche Konzepte nachhaltig zu implementieren. Im Mittelpunkt der Arbeit steht 1. die Wissensvermittlung zu handlungsrelevanten Fragen und zu den Bereichen Familienforschung und Familien- und Kommunalpolitik; 2. die Vernetzung durch eine Informationsplattform und 3. die Orientierung im Fortbildungsangebot anderer Anbieter sowie eigene Qualifizierungsangebote, die zur Förderung einer bedarfsgerechten kommunalen Familienpolitik beitragen sollen (http://www.familie-in-nrw.de/1593.0.html).

Seit November 2005 bieten das Institut für soziale Arbeit e. V. und das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung in Zusammenarbeit mit dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration eine Ausbildung für den Arbeitsbereich „Kommunales Management für Familien“ als berufsbegleitende Zusatzqualifikation an. Der Zertifikatskurs besteht aus vier Modulen à 2 Tage mit den Arbeitsbereichen „Grundlagen für ein kommunales Management für Familien“, „Kommunale Familienberichterstattung“, „Politik für Familien vor Ort“ und „Präsentation der Praxisarbeiten“. Es sollen dabei Rahmenbedingungen und Voraussetzungen kommunaler Familienpolitik und Ent-

19 Die Faktor Familie GmbH, die sich aus dem Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung der Ruhr-Universität Bochum gegründet hat, bietet eine modulare Fortbildung „Kommunale Familienberichterstattung“ an. Die Module befassen sich mit den Grundlagen sowie Datenkonzepten und Datenquellen kommunaler Familienberichterstattung. Des Weiteren werden verschiedene Datenverarbeitungsprogramme vorgestellt und die Ergebnisdarstellung und Berichterstellung trainiert. Das abschließende Modul befasst sich dann mit den Strategien zur Vermittlung der Ergebnisse der Berichterstattung und der Formulierung von Handlungsschwerpunkten bzw. Maßnahmenplanung (Faktor Familie GmbH 2009).

wicklungen sowie Ergebnisse aus der Familienforschung vermittelt und die kommunale Familienpolitik in Theorie und Praxis sowie die strategische Ausrichtung der Kommunalverwaltung beim Thema „Familienfreundlichkeit“ erläutert werden (MGFFI 2009). Zudem erarbeiten die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer ein Praxisprojekt im Bereich kommunaler Familienpolitik, das für die Zertifizierung zur kommunalen Familienmanagerin bzw. zum kommunalen Familienmanager Bedingung ist. Insgesamt sind in den bisher durchgeführten vier Zertifikatskursen 77 kommunale Familienmanagerinnen und Familienmanager aus Nordrhein-Westfalen zertifiziert worden. Derzeit sind 68 Familienmanagerinnen und Familienmanager in 56 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens bzw. auf Kreisebene beschäftigt.

IV.

Dienstleistungszentren rund um die Familie und Mehrgenerationenhäuser

Bislang werden die Möglichkeiten für systematische Kooperation und interdisziplinäre Ansätze zwischen sozialpädagogischen, sozialpsychologischen, aber auch familienbezogenen gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Diensten im Sozialraum noch nicht angemessen erschlossen. Es geht um eine Kultur der vertrauensvollen Zusammenarbeit von bestehenden Angeboten der im Stadtteil vorhandenen Hilfesysteme und ihrer Akteure. Ziel ist weniger die Etablierung neuer Dienste und Hilfsangebote, als vielmehr deren passgenaue Ausrichtung an den veränderten Lebens- und Problemlagen von Kindern und ihrem häuslichen Umfeld sowie eine strukturell bessere Vernetzung und Abstimmung, die Etablierung eines „ganzheitlichen Präventionsnetzwerkes“ (Meier-Gräwe 2009).

Die Eltern-Kind-Zentren oder vergleichbare Dienstleistungszentren gehören seit einigen Jahren zum Angebotssegment für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und sind ein zentraler Baustein familienfreundlicher Politik. „Damit wollen sie die historisch gewachsene Verinselung fachspezifischer Angebotssegmente überwinden und die getrennten Sphären öffentlicher und privater Bildungsorte in einem integrierten Gesamtkontext zusammenführen“ (Diller 2006: 14).

Die Entwicklung der Eltern-Kind-Zentren ist durch die Vorbildwirkung der Early Excellence Center – mittlerweile heißen sie Children’s Center – in Großbritannien vorangetrieben worden. Hauptanliegen ist dabei, das soziale und kulturelle Kapital in Gegenden, in denen Familien in Armut leben, zu vergrößern. In Großbritannien ist es gelungen, „Dienstleistungen aus einer Hand“ zu entwickeln und so zu organisieren, dass sie Teile einer integralen Nachbarschafts- und Gemeindestruktur werden, wobei die Eltern nicht als Klienten, sondern als kompetente Partner auftreten. Im Unterschied zu Deutschland werden die Children’s Center mittlerweile an die Grundschulen angegliedert, um so den freien Zugang zu integrierten Bildungszentren in jeder Kommune zu gewährleisten (Whalley 2006).

Bisher gibt es kein einheitliches bundesweites Vorgehen, auch nicht den Ansatz einer Koordination. In Bundesländern[20] wie Brandenburg[21] und Hamburg[22] entstehen Eltern-Kind-Zentren, in Nordrhein-Westfalen[23] und Berlin[24] heißen sie Familienzentren[25]. Überall wird versucht, möglichst flächendeckend Einrichtungen der Familienbildung mit Kindertageseinrichtungen in eine feste Kooperation zu bringen. Auch Baden-Württemberg[26] und Sachsen[27] befördern Initiativen, die zum Ziel haben, dass sich Kindertageseinrichtungen mit anderen Einrichtungen, Projekten und anderen Aktivitäten vernetzen. In Hessen[28] und Thüringen[29] sind solche Bemühungen vor Kurzem neu in die Agenda aufgenommen.

Das gemeinsame Konzept ist der vielversprechende Ansatz, familien-, bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ziele miteinander zu verbinden. Aufgrund einer hohen zeitlichen Belastung vieler Eltern ist ein vermehrter Koordinations- und Synchronisierungsbedarf zwischen dem Erwerbs- und dem Familienleben gegeben, der flexible und koordinierende Angebote notwendig macht. Es muss aber auch Unterstützung für die Familien geschaffen werden, die Hilfe bei der Vermittlung von Zeitkompetenzen benötigen (BMFSFJ 2009). Das Fehlen von Zeitstrukturen sowie Informationsdefizite im Bereich der Familienbildung bei einem Anteil von Eltern ohne Erwerbsarbeit lassen außerdem ergänzende und ebenfalls koordinierende Angebote bedeutsam werden (Spieß 2009).

---

20 In der folgenden Auflistung der Bundesländer werden nur Initiativen aufgeführt, an denen Kindertageseinrichtungen beteiligt sind.

21 In Brandenburg wurden Eltern-Kind-Zentren eingeführt, die bisher in zwölf Jugendamtsbereichen mit Familienbildung, -beratung und -unterstützung betraut sind. Dabei sollen bestehende Angebote vernetzt und freiwilliges Engagement mobilisiert werden, indem insbesondere in sozial schwierigen Einzugsbereichen modellhaft familienunterstützende Angebote entwickelt und erprobt werden. Dafür wurde eine überregionale Beratungs- und Kommunikationsstelle – ÜBIK – eingerichtet (MASGF 2007).

22 Hamburg will mit den Eltern-Kind-Zentren die frühe Bildung von Kindern fördern, die (noch) keine Kita besuchen, und die Erziehungskompetenz von Eltern stärken, die trotz Bedarfes bisher keine Unterstützung in Anspruch nehmen. Nach der erfolgreichen Einführung von 22 Eltern-Kind-Zentren sollen 15 weitere Zentren an Kindertageseinrichtungen eingerichtet werden. Außerdem werden zwei bereits bestehende, besonders gut frequentierte Eltern-Kind-Zentren ausgebaut (Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg 2009).

23 Ziel der Landesregierung Nordrhein-Westfalens war es, in jedem der 171 Jugendamtsbezirke eine Kindertageseinrichtung als Modellprojekt zum Familienzentrum weiterzuentwickeln. Mittelfristig sollen bis 2012 von den 9.700 Kindertagesstätten 3.000 in Familienzentren umgewandelt werden. In den Familienzentren werden Familienberatung und -hilfe zusammengeführt. Das Land fördert finanziell in erster Linie die Bedeutung der Familienzentren und die Weiterbildung der Kompetenzteams in den Familienzentren. 2007 wurde ein Gütesiegel eingeführt (MGFFI 2007).

24 In Berlin werden in einer ersten Ausbaustufe zunächst 100 Kindertagesstätten zu Familienzentren erweitert. Die Verteilung der neuen Zentren über die zwölf Bezirke Berlins orientiert sich an dem erwarteten Betreuungsbedarf. Im Rahmen der Umsetzung sollte jeder Bezirk einen geeigneten Träger oder Trägerverbund wählen, der mit der Entwicklung der Netzwerkstrukturen zum Aufbau der Familienzentren im Bezirk beauftragt wird. Strukturell benachteiligte Regionen genießen Priorität (Nachmann 2009).

25 In vielen Bundesländern gibt es ehrenamtlich tätige Familienzentren, die primär der Familienselbsthilfe dienen und nicht an Kindertageseinrichtungen angegliedert sind.

26 In Baden-Württemberg existiert das Programm KiFa (Kinder- und Familienbildung), das Elternbildung, Sprachförderung, Koordinierung von Hilfen, Qualifizierung von Fachkräften und Mentoren bedarfsorientiert und ganzheitlich vernetzt. Der Zugang zur Zielgruppe – bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund – findet über die Kindertageseinrichtungen und muttersprachliche Mentoren statt. Derzeit sind 19 Kindertageseinrichtungen beteiligt (Programm KiFa 2009).

27 Die Ergebnisse des Landesmodellprojekts „Familienbildung in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen“ in Sachsen, das 2007 abgeschlossen wurde, werden weiterhin genutzt, um vorhandene Strukturen der Familienbildung und der Kindertageseinrichtungen zu vernetzen und um erziehungspartnerschaftliche Elternarbeit auf- und auszubauen. Hierfür sollen landesweit Kooperationen zwischen Trägern der Familienbildung und Kitas aufgebaut werden. Einzelne Träger bieten bereits selbsttätig Familienbildung in Kindertagesstätten an (Sächsisches Landesamt für Familie und Soziales 2007).

28 In Hessen gibt es ebenfalls Bemühungen, Kinderbetreuungseinrichtungen zu Familienzentren weiterzuentwickeln (Hessischer Landtag 2008).

29 „Konsens herrscht beim Ziel, die Kindertagesstätten zu ‚Eltern-Kind-Zentren‘ mit niedrigschwelligem Beratungsangebot für Eltern in Familienfragen auszubauen“ (Koalitionsvereinbarung Thüringen 2009: 22).

Nach dem Leitmotiv „Bilden, Beraten und Betreuen“ sind diese Dienstleistungszentren bislang in den allermeisten Fällen in Kindertageseinrichtungen angesiedelt. Der Anschluss an Betreuungseinrichtungen bietet sich an, um möglichst viele Familien zu erreichen. Dies birgt allerdings den Nachteil, dass die Familien, die Kindertageseinrichtungen nur in geringerem Maße nutzen bzw. ältere Kinder haben, auch bei der Nutzung von Angeboten der Dienstleistungszentren unterrepräsentiert sind. Das betrifft aber auch Eltern von unter dreijährigen Kindern, einkommensschwache Eltern und Eltern mit Migrationshintergrund sowie diejenigen, die in Regionen mit schwacher Betreuungsinfrastruktur leben. Um eine umfassendere Erreichbarkeit zu gewährleisten, müssen Anstrengungen unternommen werden, um auch diese Familien zu erschließen. Eine Alternative wäre es, Dienstleistungszentren beispielsweise an Schulen anzugliedern, da aufgrund der Schulpflicht alle Kinder erreicht werden können. Allerdings schließt das noch nicht die entsprechende Kooperation mit den Eltern ein. Kindertageseinrichtungen können den Bildungs- und Erziehungsauftrag noch effektiver und effizienter erfüllen, wenn auch die Eltern integriert werden, das gilt vor allem für jene von Kindern im frühkindlichen Alter. Voraussetzung dafür sind Programme mit intensiver Elternarbeit (ebd.).

Dienstleistungszentren der neuen Art zielen in den Aufgaben darauf ab, zum einen mit der Vermittlung von Betreuungsangeboten v. a. bei atypischen Betreuungsbedarfen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf herzustellen, zum anderen die optimale Förderung der kindlichen Entwicklung mit zusätzlicher Sprachförderung sowie der Vermittlung zusätzlicher therapeutischer Dienste anzustreben. Eine weitere wesentliche Aufgabe der Dienstleistungszentren liegt bei der Familienberatung und Elternbildung. Die Familienberatung bietet Eltern eine Hilfestellung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben; dies geschieht beispielsweise im Rahmen einer Gesundheits- und Ernährungsberatung oder in Mutter-Kind-Kursen (Diller 2006, BMFSFJ 2009a). Angebote der Elternbildung umfassen unterstützende Dienstleistungen bei der Integration in den Arbeitsmarkt und/oder die Gesellschaft – durch Sprachkurse, Ausbildungsberatung, Unterstützung bei der Jobsuche etc. Familienberatung und Elternbildung gehörten bisher nicht zu den vordergründigen Aufgaben von Kinderbetreuungseinrichtungen und wurden meist in andere Institutionen verlagert. Mit dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zu Dienstleistungszentren rund um die Familie – einhergehend mit einer Erweiterung des Bildungs- und Beratungsangebotes – kann die vorhandene Infrastruktur optimal genutzt werden. Darüber hinaus sollte eine stärkere Vernetzung von Institutionen der Familienbildung und -beratung und den Fachkräften in den Betreuungseinrichtungen angestrebt werden (Spieß 2009).

Erfolgsaspekte, die sich durch Erfahrungen mit Dienstleistungszentren unterschiedlicher Art herauskristallisieren, sind: die Verankerung in einem Trägerkonzept, die Einbindung in die Jugendhilfeplanung, das Vorhandensein einer Koordinierungsstelle für die Vernetzungsaufgaben, personelle und räumliche Ressourcen und eine Finanzierung, die mindestens für ein Jahr im Voraus Planungssicherheit bietet. Trotz der anfänglichen Kosten – für die Qualifizierung und Weiterbildung des Personals, für die Konzeption von Qualitätsstandards und deren Sicherung, für die Einrichtung einer Koordinationsstelle sowie die Akquise weiterer Kooperationspartner zur Einbindung in die Abstimmungsprozesse zwischen möglichst vielen Akteuren im Sozialraum (vgl. z. B. Nachmann 2009) – sind Dienstleistungszentren eine Chance für eine lokale infrastrukturelle Familienförderung mit längerfristig zu

erwartenden hohen Renditen. Durch den Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Dienstleistungszentren steigt die Bildungsrendite der Kinder und Eltern. Damit lassen sich Ausgaben in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Arbeitsmarktintegration, Integration von Familien mit Migrationshintergrund und soziale Fürsorge mittel- oder langfristig begrenzen. Die positiven Effekte stellen sich jedoch nur ein, wenn die Dienstleistungszentren nicht vorrangig dazu genutzt werden, um Einsparungen zu erzielen. Weil der Nutzen der Zentren dem Faktor der späten Rendite unterliegt, wird eine private Finanzierung erschwert und macht eine Beteiligung an der Finanzierung aller drei Gebietskörperschaften notwendig (Spieß 2009).

Eine andere Möglichkeit ist die Schaffung von Mehrgenerationenhäusern als familienunterstützende Maßnahme auf Stadtteilebene. Eltern-Kind-Zentren waren häufig ein Prototyp zur Weiterentwicklung zu Mehrgenerationenhäusern. „Unter den intergenerativen Einrichtungen, d. h. den Einrichtungen für Eltern und Kinder, nehmen die Eltern-Kind-Zentren bzw. Familienzentren und die Mehrgenerationshäuser eine zentrale Position ein“ (Rauschenbach 2008: 147). Die gezielte Verknüpfung von Familienbildung und Erziehungsberatung mit Angeboten an frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung ist als ein übereinstimmendes Merkmal der Einrichtungstypen zu werten. Konzeptionelle Unterschiede sind aber nicht auszuschließen: Während Familien- und Eltern-Kind-Zentren – und damit das Konzept der Dienstleistungszentren rund um die Familie – eher familienunterstützende Angebote mit alltagsnaher Bildung und verstärktem Bezug auf das Kind sind, zeichnen sich Mehrgenerationenhäuser durch familienergänzende Angebote mit intergenerativer Begegnung und stärkerem Erwachsenenbezug aus (ebd.). Strukturen erfolgreicher Eltern-Kind-Zentren wie ein intergenerativer Kontext, eine Gemeinwesenorientierung, die Integration von professionellen Angebotssegmenten, die institutionelle Erfahrung bei der Einbindung ehrenamtlicher Potenziale sowie verhältnismäßig sichere Rahmenbedingungen durch gesetzlich verankerte Regelfinanzierung und ein hoher Anteil an professionellen Fachkräften für die Gewährleistung fachlicher Standards sind Voraussetzungen zur Konzeptionierung eines Mehrgenerationenhauses (Diller 2006).

Im November 2006 startete das Aktionsprogramm zur Schaffung von Mehrgenerationenhäusern als Bundesinitiative. Das Modellprojekt ist gegründet worden, um Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe und professionelle Dienste zusammenzuführen. Gedacht ist, den Austausch der Generationen zu fördern und ein Netzwerk familiennaher Dienstleistungen zu schaffen. Alle Häuser sind verpflichtet, das Ziel des neuen Miteinanders der Generationen zu verfolgen. Das Angebot umfasst von der Kinderbetreuung über Gartenarbeiten und Bügelservice bis hin zum Jobtraining oder Fahrdienst ein breites Angebotsspektrum. 2009 wurden 500 Mehrgenerationenhäuser[30] täglich von 90.000 Menschen genutzt, etwa 15.000 Menschen engagieren sich darin bundesweit. Dabei haben sich im Wesentlichen drei Typen von Mehrgenerationenhäusern entwickelt. Typ 1 ist das aktivitätsorientierte Mehrgenerationenhaus mit den Schwerpunkten Sport, Freizeit, Kultur und offener Treff. Der Typ 2 von Mehrgenerationenhäusern ist begegnungsorientiert und legt den Schwerpunkt auf Begegnungs- und Bildungsangebote. Typ 3 ist als serviceorientiertes Mehrgenerationenhaus mit

30 Davon befinden sich 48 in Baden-Württemberg, 91 in Bayern, 9 in Berlin, 28 in Brandenburg, 2 in Bremen, 5 in Hamburg, 28 in Hessen, 23 in Mecklenburg-Vorpommern, 52 in Niedersachsen, 60 in Nordrhein-Westfalen, 38 in Rheinland-Pfalz, 7 im Saarland, 37 in Sachsen, 25 in Sachsen-Anhalt, 16 in Schleswig-Holstein und 30 in Thüringen.

Schwerpunkt auf haushaltsnahen Dienstleistungen und Kinderbetreuung zu beschreiben. Durch ein speziell entwickeltes System können die Mehrgenerationenhäuser die Qualität und Ergebnisse ihrer Arbeit eigenständig überprüfen. Datengrundlage dafür ist das sogenannte Selbstmonitoring. Mit Hilfe einer Selbstevaluation werden von den Trägern im Abstand von sechs Monaten mit einem internetbasierten Berichtsblatt Kennzahlen zur Zielerreichung sowie zur Qualität und Effizienz von Angeboten erfasst. Nutzerbefragungen werden jährlich durchgeführt und zeigen, dass sich etwa die Hälfte der Besucherinnen und Besucher von den angebotenen Dienstleistungen im Alltag erheblich entlastet fühlt und circa 70 Prozent der Seniorinnen und Senioren sowie der Hochbetagten von einer deutlichen Erhöhung ihrer Lebensqualität durch Mehrgenerationenhäuser berichten.

Die Empfehlungen, die sich aus der Wirkungsforschung ergeben haben, sind die stärkere Vernetzung der Kompetenzen der Häuser, die Ausdehnung der Angebotsstruktur, die höhere Anerkennung und der Ausbau der ehrenamtlichen Arbeit und die Weiterqualifizierung der Aktiven sowie die weitere Professionalisierung der Dienstleistungen. Erfolgreich werden die Häuser insbesondere dann, wenn sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Programm identifizieren und die Häuser vielseitige Kooperationspartner haben (BMFSFJ 2008a).

V.

Familienleitstellen als Bürgerservice/ Familienbüros

Neben den Dienstleistungszentren empfiehlt das Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen beim Bundesfamilienministerium in seinem Arbeitsbericht „Zukunft für Familie“ auch die Einrichtung „kommunaler Servicestellen mit Beratungsleistung, Lotsenfunktion, Antragsmanagement und geschultem Call-Center für Fragen und Anträge“ (BMFSFJ 2008b: 5). Familienleitstellen können dabei Hilfestellung geben, indem sie durch die Vielfalt der angebotenen Familienleistungen führen. Ansatzpunkt ist eine Ausweitung der von Familienkassen angebotenen Leistungen in Servicebüros, deren Funktionen über die einer reinen „Zahlstelle“ hinausgehen und die – im Sinne des „One-Window-Shoppings“ (ebd.: 76) – als zentrale Anlaufstelle für Familien fungieren. Solche Servicestellen für Familien könnten beispielsweise eingerichtet werden, indem bestehende kommunale Beratungs- und Servicestellen zusammengefasst und durch Angebote einer allgemeinen Beratung und Information zu familienbezogenen Leistungen ergänzt werden. Die mit der Bearbeitung von Leistungsanträgen und der Auszahlung von Familienleistungen betrauten Stellen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene blieben dabei erhalten (ebd.). Für die Familien wäre eine Beratung „aus einer Hand“ eine große Hilfe. Die Beratung würde den Familien die in Betracht kommenden Leistungen aufzeigen und erklären. Voraussetzung dafür wäre, dass die Beratungsstelle qualitativ so beraten kann, wie derzeit die Leistungsträger verpflichtet sind. Darüber hinaus wäre Hilfe beim Ausfüllen der Anträge und das Weiterleiten an die jeweils zuständige Stelle erforderlich. Die Beratung zu den Leistungen könnte auf kommunaler Ebene unter Berücksichtigung der kommunalen Besonderheiten im jeweiligen Bundesland zusammengefasst angesiedelt werden. Damit möglichst viele Familien durch die Beratungsstellen erreicht werden und keine weiten Wege zur Beratung haben, erscheint die Einrichtung bei einer kommunalen Stelle empfehlenswert.[31]

In vielen deutschen Kommunen gibt es bereits Serviceeinrichtungen, welche einige der im Bericht des Kompetenzzentrums beschriebenen Funktionen einer zentralen Anlaufstelle für Familien ausfüllen. Da bisher allerdings nur wenige Servicebüros die Beratung zu monetären Familienleistungen oder deren Vermittlung anbieten, sollen langfristig Familienleitstellen als Bürgerservice eingerichtet werden. Derzeit wird dieses Konzept, das noch durch einen Leitfaden gestützt werden soll, im Auftrag des Bundesfamilienministeriums präzisiert.

31 Grundsätzlich gilt das Verbot der Mischverwaltung. Das heißt, eine Aufteilung der Beratung auf die kommunale Ebene und die Verwaltung und Auszahlung durch die Bundesverwaltung ist grundsätzlich nicht möglich. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Beratung wäre aber erforderlich, wenn die Beratung verbindlich auf die kommunale Ebene übertragen werden soll.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. erstellte im Auftrag des BMFSFJ eine Expertise zu kommunalen Servicestellen für Familien (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2009a). Ziel einer Recherche als erster Schritt war die Erfassung des Beratungs- und Serviceangebotes für Familien auf kommunaler Ebene, d. h. die Quantifizierung der bereits bestehenden Einrichtungen und die Beschreibung der Aufgaben- und Leistungsschwerpunkte. Darüber hinaus werden Möglichkeiten zum Ausbau Kommunaler Familienbüros aufgezeigt. Die in den nächsten Abschnitten folgenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen, die im Projektbericht des Deutschen Vereins festgehalten wurden.[32]

Familienbüros können in Kommunen – neben Maßnahmen wie der Bereitstellung einer familienfreundlichen Infrastruktur oder der Initiierung Lokaler Bündnisse für Familie – als „Baustein" einer nachhaltigen Gesamtstrategie dienen. „Dazu gehört, dass eine Verwaltungsvorlage zur Einrichtung eines Familienbüros kaum mehr zur familienpolitischen Generaldebatte in Räten und Kreistagen führt, sondern vielmehr zur Prüfung der möglichen Umsetzungsvarianten vor dem Hintergrund der Kassenlage und Einwohnerzahlen. Zum Teil nutzen Kommunen auch die Vorteile externer Expertise auf dem Gebiet der familienpolitischen Situationsanalyse und Strategieentwicklung, um sich Stärken und Schwächen ihrer bisherigen familienpolitischen Bemühungen aufzeigen zu lassen. Das Vorliegen eines externen Gutachtens zur kommunalen Familienpolitik, das konkrete Handlungsempfehlungen benennt, kann somit einen weiteren Grund für die Einrichtung eines Familienbüros darstellen" (ebd.: 13 f.). Die Recherche des Deutschen Vereins zeigt, dass Familienbüros verstärkt in Kommunen eingerichtet wurden, die eine aktive Familienpolitik betreiben: In 71 Prozent der Kommunen mit Familienbüros besteht außerdem ein Lokales Bündnis für Familie. Innerhalb der lokalen familienpolitischen Strategie können Kommunale Familienbüros z. B. eine Informations- und Beratungsstelle für Familien darstellen, Angebotstransparenz bei familienbezogenen Leistungen schaffen, die Bedarfe von Familien vor Ort erkennen und Impulse für die Entwicklung und Gestaltung familienspezifischer Angebote geben, eine Plattform für familienbezogene Netzwerke bereitstellen und Koordinations- und Kooperationsstelle sein, kurzum: als „Schaufenster der kommunalen Familienpolitik" (ebd.: 16) dienen.

Das Angebot an Kommunalen Familienbüros variiert stark zwischen den Bundesländern. Zwei Drittel der Büros finden wir bislang in Niedersachsen.[33] Die Mehrzahl der Kommunalen Familienbüros liegt in öffentlicher Trägerschaft, darüber hinaus sind Büros bei freien

32 „Ergebnisse der Recherche zur Situation der Beratungs- und Serviceleistungen für Familien in Kommunen und erste konzeptionelle Eckpunkte zum Ausbau und zur Weiterentwicklung Kommunaler Familienbüros". Untersucht wurden Einrichtungen bei der Kommunalverwaltung, bei freien Trägern oder lokalen Netzwerken, deren Aufgaben- und Leistungsspektrum auf die ganze Familie (d. h. nicht ausschließlich Kinder oder Jugendliche, Mütter etc.) abzielt. Die Daten wurden zum Teil aus einer Internetrecherche und der Auswertung relevanter Dokumente (bspw. Konzepte und Evaluationsberichte von Familienbüros) gewonnen. Des Weiteren wurden Experteninterviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vier ausgewählter Familienbüros geführt (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2009a).

33 Die große Anzahl von Familienbüros in Niedersachsen ist eine Folge des Landesprogramms „Familien mit Zukunft (FMZ)". Im Rahmen des Programms wird die Einrichtung von „Familien- und Kinderservicebüros" gefördert; diese Büros sollen als Ansprechstellen für Eltern, Tagespflegepersonen, Kindertagesstätten und sonstige Tageseinrichtungen, Schulen, Unternehmen etc. konzipiert sein (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 2006). Tatsächlich liegt die Zahl der in Niedersachsen eingerichteten Büros wohl höher als die durch die Internetrecherche des Deutschen Vereins ermittelte. Das Niedersächsische Sozialministerium gab im Dezember 2008 die Zahl der Familienbüros mit 280 an (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2009a).

Trägern – vor allem aus der Kinder- und Jugendhilfe – und konfessionellen Trägern angesiedelt. Viele Kommunale Familienbüros wurden in den Räumlichkeiten der Behörden eingerichtet, teilweise aber auch in Ladenlokalen in gut frequentierten Innenstadtlagen. Die Räume der Familienbüros in freier Trägerschaft befinden sich meist in Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder Familienzentren. Aus den Rechercheergebnissen des Deutschen Vereins wird ersichtlich, dass bei der Einrichtung von Familienbüros eine kommunale Trägerschaft – unter Fachaufsicht des Jugendamtes – favorisiert wurde.

Auf Grundlage der Recherche wurden vier Modelltypen Kommunaler Familienbüros gebildet, denen die bereits etablierten Büros zugeordnet wurden. Die Modelltypen unterscheiden sich hinsichtlich des Einzugsgebiets, der Organisation und des Aufgaben- und Angebotsspektrums.

- Modelltyp A: zentrale Anlaufstelle in Gemeinden sowie Klein- und Mittelstädten;
- Modelltyp B: Familienbüro-Netzwerk in Großstädten, Gemeindeverbänden und Landkreisen;
- Modelltyp C: mobiles Familienbüro in Gemeindeverbänden und Landkreisen;
- Modelltyp D: zentrale Anlaufstelle in Wohngebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf.

An welche Institution die Familienbüros angegliedert werden, welches Aufgabenspektrum sie wahrnehmen und auf welche Zielgruppe sie sich beziehen, wird je nach Bedarf und Rahmenbedingungen entschieden.[34]

Die Abbildung 2 veranschaulicht das Leistungs- und Angebotsspektrum der Kommunalen Familienbüros. Die Vermittlung von Kinderbetreuung wird von mehr als 80 Prozent der in die Recherche des Deutschen Vereins eingegangenen Büros angeboten. Die Koordinierung des Ausbaus der Kinderbetreuung wird von 70 Prozent betrieben, 44 Prozent beteiligen sich außerdem an der Qualifizierung von Kindertagespflegepersonen. Zahlreiche Familienbüros sind auch bei der Beratung und Vermittlung sowie bei der Vernetzung familienbezogener Angebote aktiv. Beratung zu monetären Familienleistungen bzw. deren Vermittlung wird nur von einem geringen Teil der Familienbüros (neun bzw. vier Prozent) angeboten[35] (vgl. Abbildung 2).

34 Folgende Kriterien sind bei der Wahl des Konzeptes für das Kommunale Familienbüro von Bedeutung: die prognostizierte Nachfrage und die Bedarfe der Familien vor Ort, die Rahmenbedingungen der Angebotsentwicklung und -gestaltung (Kooperationspartner, lokale Vernetzung) und die Ziele und Ressourcen der kommunalen Familienpolitik (ebd.).

35 Die Beratung zu monetären Familienleistungen könnte lediglich aus der Erstinformation und Grundberatung und der Hilfestellung bei der Antragsstellung bestehen, oder aber, im „integrierten Ansatz“, weiterführende Beratungen und die abschließende Bearbeitung der Anträge durch Fachkräfte einschließen (ebd.).

Abbildung 2: Leistungs-/Angebotsschwerpunkte Kommunaler Familienbüros

Quelle: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge 2009b, eigene Darstellung

Für den weiteren Ausbau und die Einrichtung neuer Familienleitstellen rät der Deutsche Verein zu einer Bündelung der Aufgabenbereiche „Allgemeine Familienberatung“ und „Monetäre Familienleistungsberatung“ unter einem Dach. Die Einrichtungen sollten an den bestehenden Strukturen familienrelevanter Angebote ansetzen, sich mit ihnen vernetzen oder in diese integriert werden. Bei der Planung sollten stets die Niedrigschwelligkeit und Bürgernähe des Angebots Leitziele sein.[36] Familien sollten in den kommunalen Servicebüros Informationen zu familienspezifischen Angeboten und Leistungen öffentlicher und freier Träger und sonstiger Institutionen erhalten und auf das Angebot einer Weitervermittlung zurückgreifen können. Um Überschneidungen und Parallelstrukturen – insbesondere mit

36 Sowohl was die Anbindung an Träger als auch die Auswahl der Räumlichkeiten und die Gestaltung der Öffnungszeiten betrifft (ebd.).

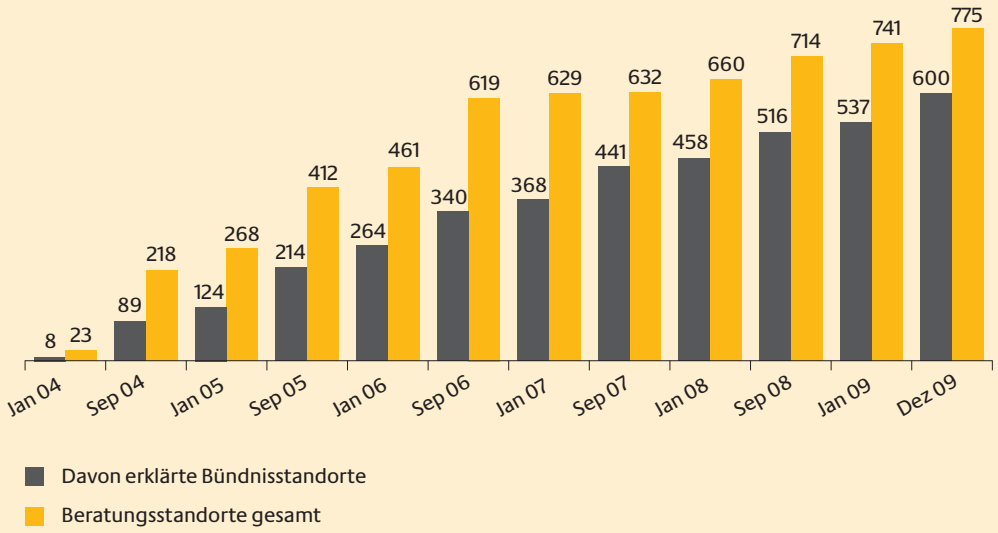
Angeboten des Allgemeinen bzw. Kommunalen Sozialdienstes – zu vermeiden, ist die institutionelle und räumliche Anbindung unter Prüfung und Verantwortung der Jugendämter und Träger der öffentlichen Jugendhilfe sinnvoll. Familienbüros bieten Kommunen die Chance, ein umfassendes Bild der Bedürfnisse der Familien vor Ort zu gewinnen, erleichtern den Zugang zu den Zielgruppen und entlasten die Kooperationspartner. Darüber hinaus stellen sie einen Profilvorteil im kommunalen Wettbewerb dar und machen eine Kommune vor allem für junge Familien attraktiv.

„Durch diese Bündelung der Angebote für Familien in einer Anlaufstelle können Kommunale Familienbüros ein effizientes Stellwerk auf kommunaler Ebene der Kinder- und Jugendhilfe darstellen, das verschiedene Funktionen ausfüllen kann, u. a.: 1. Informations- und Beratungsstelle; 2. „Lotsenfunktion“: Schaffung von Angebotstransparenz; 3. Impulsgeber für Angebotsentwicklung und -gestaltung; 4. Plattform für familienbezogene Netzwerke; 5. Koordinations- und Kooperationsstelle; 6. „Scharnierfunktion“: „Seismograph“ für die Bedarfe von Familien und Vertreter ihrer Interessen; 7. Innovations- und Kompetenzzentrum“ (ebd.: 93).

VI.
Lokale Bündnisse für Familie

Eine für die Nachhaltigkeit von Familienpolitik wesentliche Grundlage sind arbeitsteilige Akteursbündnisse. Lokale Bündnisse für Familie sind hierbei freiwillige Zusammenschlüsse von Vertreterinnen und Vertretern aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Darin wird das Zusammenspiel gesellschaftlicher Akteure und sozialer Organe erprobt, um einen attraktiven Lebensort für Familien zu schaffen (BMFSFJ 2009a). Durch die Bundesinitiative aus dem Jahr 2004[37] fand eine Dynamisierung des Prozesses der langfristigen und effektiven Zusammenarbeit verschiedenster Akteure auf kommunaler und regionaler Ebene statt. Die Lokalen Bündnisse für Familien starteten mit acht Bündnissen, im Dezember 2009 werden es 600 Bündnisstandorte sein (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Lokale Bündnisse für Familie als Wachstumsprojekt



Quelle: Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie

Die Bundesinitiative knüpfte 2004 bei ihrem Impuls für die Gründung von Lokalen Bündnissen an familienpolitische Landesprogramme, erziehungspolitisch ausgerichtete Förderprojekte oder Programme zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements an. Auch Fachveranstaltungen, Vorläuferprojekte und Bedarfsprüfungen vor Ort werden als Impulse zur Bündnisgründung genannt (DJI 2005). Schon vorher gab es Projekte wie „Runde Tische" u. a., die aber alles in allem kaum öffentlich beachtet wurden, eher sporadisch als nachhaltig

37 Das BMFSFJ hat 2004 ein Servicebüro eingerichtet, das den Aufbau und die Weiterentwicklung der Lokalen Bündnisse bundesweit koordiniert und unterstützt (BMFSFJ 2009a).

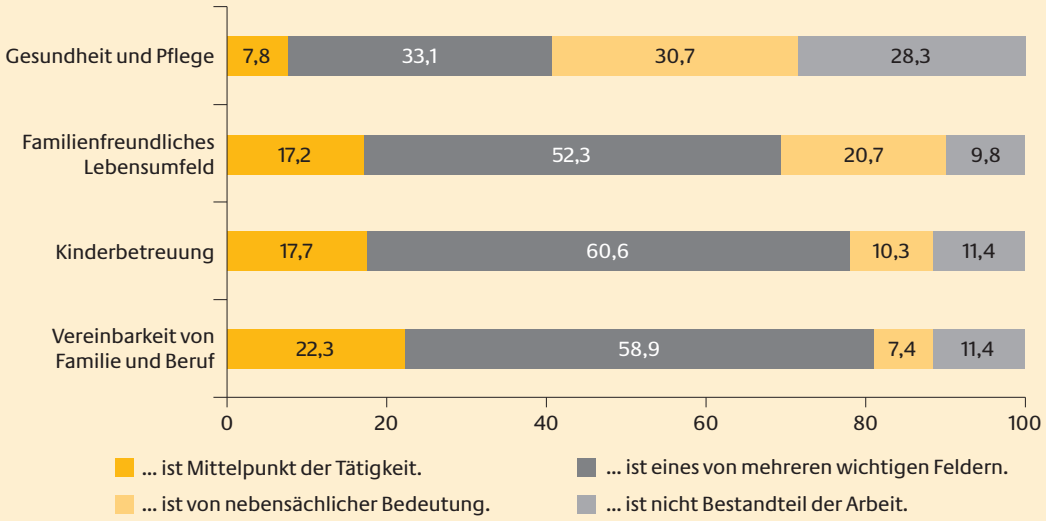
agierten und in aller Regel auch eine andere Akteursstruktur und damit andere Wirksamkeit als später hatten. Dies hat zum Teil bis heute Auswirkungen.

Im Bündnisansatz gelingt es, familienpolitische Impulse und Interessenlagen verschiedener Initiatorinnen und Initiatoren zusammenzubringen und in ein integriertes Instrument örtlicher Familienpolitik einzubringen. Einrichtungen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, soziale Organisationen und aus Bereichen von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften werden im Gründungsgeschehen aktiv. Deshalb muss die Bündnisstrategie den lokalen Herausforderungen und Gestaltungspotenzialen angemessen sein (ebd.). Bertram (2005: 6) hebt ebenfalls die maßgebliche inhaltliche Schwerpunktsetzung der Lokalen Bündnisse für Familien auf die Problemlagen vor Ort hervor: „Denn solche Lokalen Bündnisse machen die Verantwortung für die Entwicklung der Lebensbedingungen von Kindern und Familien zunächst einmal dort fest, wo sie sich konkret abspielen, nämlich in den Kommunen selbst. Darüber hinaus lassen sie sich aufgrund dieses kommunalen Zugangs auch so ausgestalten, dass die jeweils wichtigsten lokalen Akteure gemeinsam und spezifisch auf die jeweilige Örtlichkeit hin orientierte Projekte und Maßnahmen initiieren können“.

Hauptsächliche strategische Ziele sind die familienfreundliche Ausgestaltung und die Standortaufwertung des Lebensumfeldes von Familien. Die Handlungsfelder „Kinderbetreuung“ – mit Flexibilisierung von Betreuungszeiten und -formen, Ausweitung von Angeboten insbesondere für unter Dreijährige, verbesserte Betreuungsqualität – und „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ – mit Sensibilisierung für eine familienfreundliche Unternehmenskultur, Beratung für Berufsrückkehrerinnen, Weiterbildungsprogramme, Aufbau von Betriebskindergärten und betrieblich unterstützte Ferienbetreuung – sind für alle Bündnistypen wichtig.[38] Die Bedeutung der Handlungsfelder „Familienfreundliches Lebensumfeld“ (Familienfreundlichkeitsprüfung in der Stadtplanung) und „Gesundheit und Pflege“ (Gesundheitsvorsorge, Sport und Spiel, Entlastungsangebote für Pflegende) liegt an dritter und vierter Stelle. Drei der vier zentralen Handlungsfelder werden von einer deutlichen Mehrheit der Bündnisse als wichtig bewertet (vgl. Abbildung 4). Die überwiegende Zahl der Bündnisse misst mehr als zwei Handlungsfeldern eine große Bedeutung bei.

38 Eine Ausnahme bilden die kleinen (alt-)eingesessenen Bündnisse: Sie haben das eher unbestimmte Handlungsfeld „Familienfreundliches Lebensumfeld“ im Mittelpunkt ihrer Arbeit (Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009).

Abbildung 4: Bedeutung der zentralen Handlungsfelder für die Lokalen Bündnisse in Prozent



Datenbasis: Befragung von 186 Bündniskoordinatorinnen und -koordinatoren
Quelle: Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009

Circa 13.000 Akteure engagieren sich in 5.200 Projekten. Im Einzugsbereich der Lokalen Bündnisse für Familien leben mehr als 53 Millionen Bundesbürgerinnen und -bürger. In 319 von 413 Kreisen und kreisfreien Städten sind Bündnisse vorhanden, damit beträgt die Kreisabdeckung 77 Prozent. Es gibt 71 Großstadtbündnisse (bei über 100.000 Einwohnern), 310 Bündnisse in mittleren Städten/Gemeinden (bis 100.000 Einwohner), 79 in kleinen Gemeinden (bis 10.000 Einwohner), 79 Lokale Bündnisse für Familie in Landkreisen sowie 27 Regionen-Bündnisse und 24 Stadtteilbündnisse (BMFSFJ 2009b).

Anlässlich des Internationalen Tages der Familie lädt die Initiative Lokale Bündnisse für Familie seit 2007 am 15. Mai zu einem bundesweiten Aktionstag ein. Am kommenden Aktionstag 2010 zeigen Lokale Bündnisse, Kommunen, Wirtschaft, Verbände und andere unter dem Motto „Wir gewinnen mit Familie“ an vielen Standorten ihren Beitrag zum Standortfaktor Familienfreundlichkeit. Der Aktionstag 2010 ist bereits der 4. Aktionstag in Folge. Die Beteiligung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen: Waren es 2008 noch 275, so zählte der Aktionstag 2009 bereits 332 „Aktionsorte“. Die Beteiligungsquote der Lokalen Bündnisse für Familie lag im Jahr 2008 und 2009 bei 47 Prozent. Auch die Medienresonanz ist stetig steigend: Waren es zum Aktionstag 2008 285 Beiträge, erschienen zum Aktionstag 2009 bereits 392 Beiträge in der Medienberichterstattung.

Die Initiative Lokale Bündnisse für Familie wurde von Beginn an in regelmäßigen Abständen wissenschaftlich begleitet (vgl. auch Bertram 2005, Dettling 2005 in diesem Kapitel). Im Zentrum der Untersuchungen steht mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen letztendlich die Frage nach den Erfolgsfaktoren und Wirkungen der Lokalen Bündnisse. Die Wirkungen eines Lokalen Bündnisses betreffen sowohl die im Bündnis realisierten Projekte als auch die durch das Bündnis entstandenen Strukturen. Das Bündnis gilt als „wirkungsvoll“, wenn es ihm gelingt, in den einschlägigen Handlungsfeldern Projekte umzusetzen, nachhaltige Netzwerkstrukturen aufzubauen, in der lokalen Öffentlichkeit präsent zu sein und sich erfolgreich mit anderen Bündnissen der Initiative zu vernetzen. Anfang 2009

haben zwei Expertenteams vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Auftrag erhalten, die Initiative Lokale Bündnisse und die angebotenen Leistungen des Servicebüros zu evaluieren. Die Rambøll Management GmbH und die DIW econ GmbH untersuchen gemeinsam die Netzwerkstrukturen der Bündnisse, ihren Nutzen und ihre Wirkungen vor Ort. Die Prognos AG und Roland Berger Strategy Consultants untersuchen die Angebote des Servicebüros, auch hinsichtlich des Bedarfs und der Erwartungen bei den Lokalen Bündnissen.

Die Angebote des Servicebüros werden als weit überwiegend hilfreich empfunden, sind allerdings unterschiedlich bekannt. Der Unterstützung bei der individuellen Weiterentwicklung der Lokalen Bündnisse durch das Servicebüro wird hohe Bedeutung beigemessen. Die Instrumente und Beratungsleistungen sollten noch stärker an lokalen Gegebenheiten und adressatengerecht ausgerichtet werden. Die Vernetzung zwischen den Bündnissen wird als wirksam angesehen, erwünscht ist eine Vernetzung anhand ähnlicher Bedingungen. Der Öffentlichkeitsarbeit wird insgesamt eine gute Arbeit bescheinigt, die lokale Verankerung der Bündnisse ist gelungen. Verbesserungswürdig ist die konzeptionelle Verbindung zwischen den Bündnissen und nachhaltiger Familienpolitik insgesamt (Roland Berger Strategy Consultants/Prognos AG 2009).

Die Auswertung der Befragung von 187 Bündniskoordinatorinnen und -koordinatoren hat ergeben, dass die Bündnisse wachsen. Bei Bündnisgründung verfügten 50 Prozent der Bündnisse über mindestens 19 Partner, mittlerweile sind es bei diesen Bündnissen mindestens 27 Partner. Außerdem werden die Bündnisse vielfältiger, es gibt im Jahr 2009 im Durchschnitt 9 Akteursgruppen pro Bündnis. Bei deren Gründung waren es durchschnittlich 5,8 Akteursgruppen (vgl. Abbildung 5) (Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009). In den Lokalen Bündnissen engagieren sich mittlerweile 95 Prozent der Industrie- und Handelskammern und über 5.000 Betriebe aller Größen und Branchen. Die Wirtschaft ist damit an rund 78 Prozent der Bündnisse beteiligt.[39] In 10 Prozent aller Bündnisse wirken Handwerkskammern und ebenso viele Vereinigungen der Wirtschaftsjunioren mit (vgl. Abbildung 5) (BMFSFJ 2009c). 95 Prozent der in den Bündnissen beteiligten Unternehmen bewerten den Nutzen für ihr Unternehmen als eher hoch (Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009). Die Hälfte der Unternehmen erwartet einen Imagegewinn durch die Mitwirkung in Lokalen Bündnissen für Familien; von 43 Prozent wird personalwirtschaftlicher Nutzen, von circa einem Drittel der Betriebe Standortverbundenheit als Motivation zur Beteiligung angegeben (BMFSFJ 2009d). Den Unternehmen kann die Beteiligung an Bündnissen Vorteile bringen, da sie mit dem Wissen und den Erfahrungen anderer Unternehmen und Bündnisakteure familienfreundliche Maßnahmen besser umsetzen können. Die Bündnisse bieten ökonomischen Nutzen, weil sie die Standortqualität und das Umfeld für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beeinflussen können (ebd. 2006).

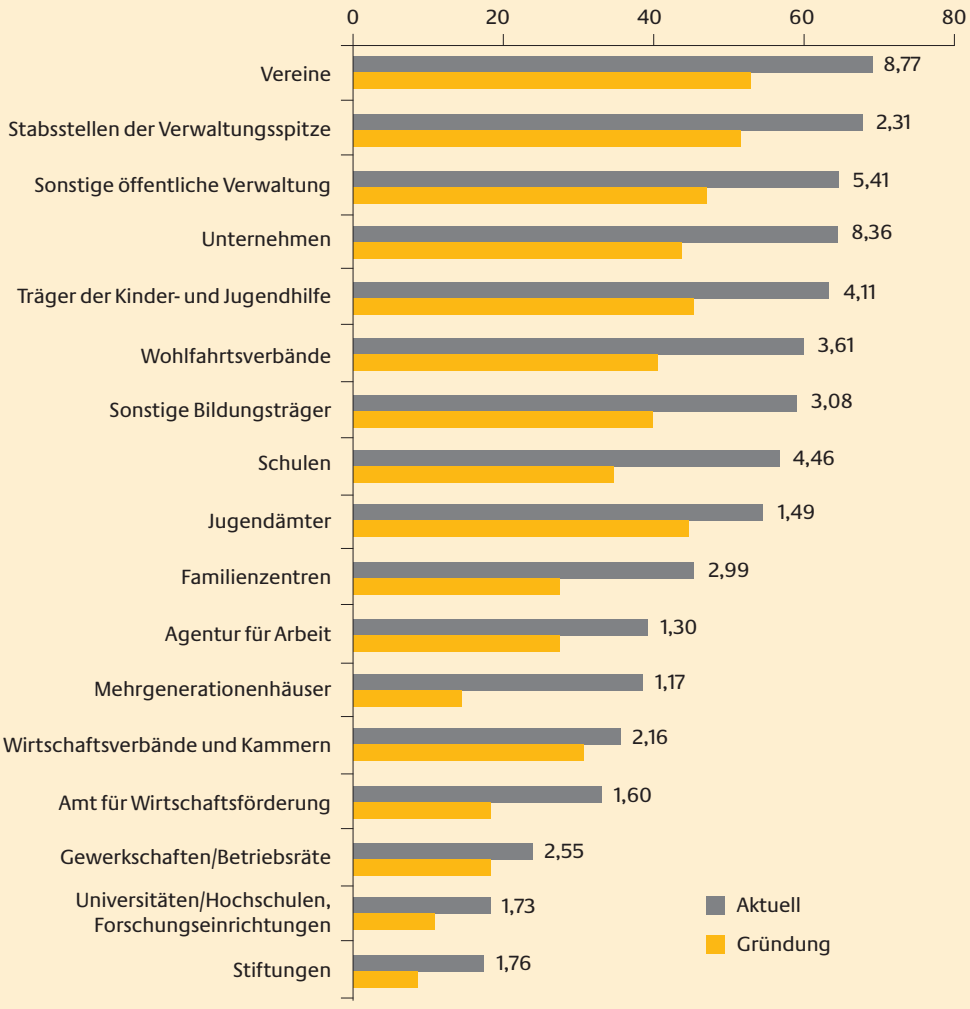
In mehr als 90 Prozent der Bündnisse sind Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung aktiv, die Bündniskoordination wird in 66 Prozent der Bündnisse von dieser getragen. 146 Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit kooperieren in Lokalen Bündnissen (vgl.

39 24 Prozent aller Unternehmen kennen die Lokalen Bündnisse für Familie. 38 Prozent der Großunternehmen geben an, dass sie schon von den Lokalen Bündnissen für Familie gehört haben (Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009).

Abbildung 5) (ebd. 2009c). „Kommunen kann die Mitarbeit in Lokalen Bündnissen trotz angespannter Haushaltslage Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und so die Handlungsfähigkeit erhalten, da sie durch bessere Informationen Angebote zielgerichteter ausgestalten können. Wenn Städte und Regionen gute Rahmenbedingungen für Familien schaffen und attraktiv für Familien werden, wirkt dies indirekt auf vielfältige Weise auf die kommunalen Akteure zurück“ (ebd. 2006: 90). Dabei dürfen die Lokalen Bündnisse nicht mit Anforderungen überfrachtet werden, etwa wenn Kommunen ihr familienpolitisches Engagement ausschließlich auf diesen begründen. Andere erfolgreiche Initiativen für Familien dürfen nicht vernachlässigt oder abgeschafft werden.

Über 340 Träger der Wohlfahrtspflege und rund 350 Kirchengemeinden zeigen Engagement in den Bündnissen. In 133 Lokalen Bündnissen für Familien beteiligen sich Mehrgenerationenhäuser bzw. deren Träger (vgl. Abbildung 5) (ebd. 2009c). Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe können mit Hilfe der Bündnisse Impulse zur Weiterentwicklung ihres Angebotes aufnehmen und passgenauere und bedarfsgerechtere Angebote entwickeln (ebd. 2006).

Abbildung 5: Durchschnittliche Anzahl eines Akteurstyps in den Lokalen Bündnissen für Familie in Prozent und Durchschnittswerten



Datenbasis: Befragung von 186 Bündniskoordinatorinnen und -koordinatoren
Quelle: Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009

Quantitative Netzwerkanalysen zeigen, dass die Gründung der untersuchten Bündnisse zu einer deutlichen Intensivierung der Kontakte und zu einer häufigeren und engeren Zusammenarbeit von Akteuren aus wichtigen Bereichen führt. Die qualitativen Netzwerkanalysen eröffnen, dass viele Lokale Bündnisse die Vorteile einer Vernetzung in hohem Maße ausnutzen (BMFSFJ 2006). Daraus ergeben sich Effekte wie: differenziertere Informationen für alle Bündnispartnerinnen und -partner durch Vernetzung; passgenauer Zuschnitt der Angebotsstruktur durch gemeinsame Bedarfsermittlung; neue Ressourcen für Familienfreundlichkeit vor Ort; Impulse zur Weiterentwicklung durch Austausch unter den Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern; ganzheitliche Ansätze durch das Zusammenwirken von Gruppen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen; eine einfachere Umsetzung von Neuerungen durch aktive Mitgestaltung und familienorientierte Innovationen durch die Bündelung von Erfahrungen (ebd. 2009d). Der Gesamtnutzen resultiert darüber hinaus aus den übergeordneten Wirkungen der Sensibilisierung, der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen, dem Austausch, der Standortattraktivität, der Synergieeffekte, der Transparenz der Angebote, der Katalysatorfunktion der Projektumsetzung und der Kooperation heterogener Akteure (vgl. Abbildung 6).

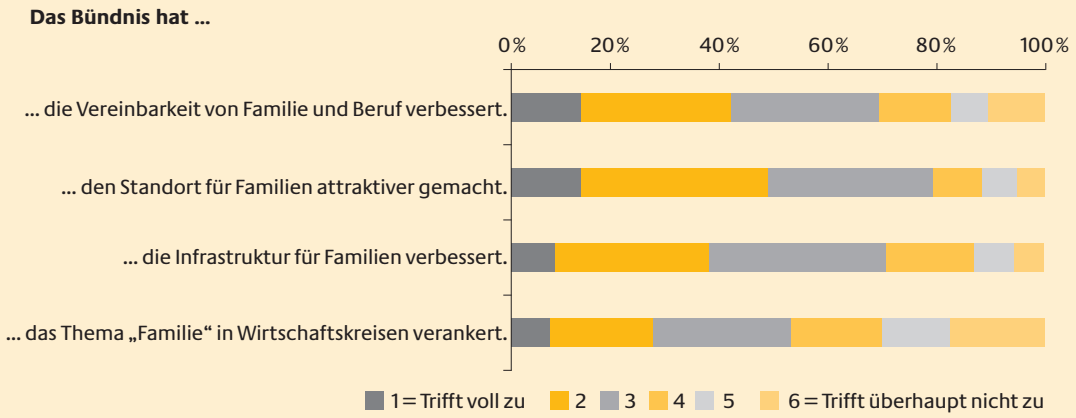
Abbildung 6: Das strategische Konzept der Lokalen Bündnisse für Familie

Quelle: Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009

Warnfried Dettling (2005: 16) beschreibt den Nutzen der Bündnisse für den sozialen Zusammenhalt: „Die Lokalen Bündnisse für Familie sind die lokale Antwort auf globale Megatrends; sie sind in gewisser Weise die kleine Welt, in der die große ihre Probe hält. Hier werden wie in einem Labor Methoden entwickelt und Verfahren erprobt, die weit über die Familien hinaus der sozialen Architektur der Gesellschaft ein neues Gesicht geben können. Es sind mehrere Dimensionen, auf denen sich der politische und gesellschaftliche Mehrwert der Lokalen Bündnisse für die Familien zeigen lässt“.

Die Mehrheit der Bündnisse gab 2009 einen positiven Effekt auf die abgefragten Wirkungsdimensionen an. Besonders positiv wird die Wirkung auf die Standortattraktivität eingeschätzt (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Allgemeine Wirkungen der Lokalen Bündnisse für Familie



Datenbasis: Befragung von 186 Bündniskoordinatorinnen und -koordinatoren
Quelle: Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009)

Über 80 Prozent der befragten Bündniskoordinatorinnen und -koordinatoren[40] bewerten den Zustand ihres Bündnisses hinsichtlich der Kompetenzen der beteiligten Akteure, der Umsetzung von Projekten, der Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses, der Akzeptanz der Bündnisarbeit bei regionalen Schlüsselakteuren sowie des Zugangs zu Zielgruppen der Bündnisarbeit als ‚sehr gut‘ oder ‚gut‘. Auch die hohe Zufriedenheit der 181 befragten Akteure spricht für die Nachhaltigkeit der Bündnisse. Über 80 Prozent sehen einen hohen oder mittleren Nutzen für sich und ihre Organisation (Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009). Die Bündnisse haben allerdings sehr unterschiedliche Voraussetzungen, da nur wenige Bundesländer eine Anschubfinanzierung für die Lokalen Bündnisse für Familien gewährleisten. Hauptquellen der Finanzierung sind Verwaltung, Sponsoring und Spenden. Finanzierungsbedarf besteht insbesondere für die Stellen der Koordinatorinnen und Koordinatoren und die Sachmittel für Projekte (ebd.).

Eine Qualitätssteigerung der Lokalen Bündnisse für Familien soll auch durch das neue Format der „Entwicklungspartnerschaft“ erreicht werden. Ziel der ersten Entwicklungspartnerschaft ist es herauszuarbeiten, wie die Netzwerke der Lokalen Bündnisse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alleinerziehende Familien verbessern können. Im einjährigen Modellprojekt „Vereinbarkeit für Alleinerziehende“ des BMFSFJ erproben zwölf Pilotstandorte (vgl. Linkliste) seit April 2009 die Einrichtung von Netzwerken, die die Angebote der Arbeitsagenturen mit der unterstützenden Infrastruktur vor Ort effizienter verzahnen und erweitern, als dies bisher gelungen ist. Das Thema wird auf den Netzwerkkonferenzen der Lokalen Bündnisse aufgegriffen und die Ergebnisse aus den Pilotprojekten werden Anfang 2010 in einem Handbuch aufgearbeitet und sollen einen Leitfaden für Lokale Bündnisse, Mehrgenerationenhäuser und andere Netzwerke enthalten. Bereits ein Drittel der Bündnis-

40 Zwei Drittel der Bündniskoordinatorinnen und -koordinatoren kommen aus der Verwaltung. 72 Prozent der Koordinatorinnen und Koordinatoren können die Tätigkeiten während ihrer Arbeitszeit erledigen, im Durchschnitt sind das 10,7 h/Woche (Rambøll Management Consulting GmbH/DIW econ 2009).

se beschäftigt sich schon mit dem Thema „Vereinbarkeit für Alleinerziehende“ oder beabsichtigt, dies künftig zu tun (BMFSFJ 2009a). Infrastrukturbezogene Ansätze – wie Kinderbetreuung, Verkehrsinfrastruktur, unterstützende Beratungs- und Begleitangebote sowie Patenschaften – zur Verminderung von Zeitstress sind zentrale Handlungsfelder des Projekts „Vereinbarkeit für Alleinerziehende“ (ebd. 2009f). Hilfreich wäre eine Priorisierung dieses Schwerpunktes im Zielsystem der Bundesagentur für Arbeit. Eine zunehmende Zahl aktiver Kooperationen zwischen Arbeitsagenturen, ARGEn[41] und Optionskommunen und den Lokalen Bündnissen ist dabei zweckdienlich (ebd. 2009g).

Die umfängliche Evaluation mit weiteren Studien soll bis Anfang des Jahres 2010 abgeschlossen sein.[42] Die Ergebnisse werden zusätzliche Orientierung für die nächste Arbeitsphase auch des Servicebüros geben, die im Januar 2010 beginnt. Die Zahl der Bündnisse soll im nächsten Schritt auf mindestens 700 erhöht, weiße Flecken auf der Landkarte sollen weiter geschlossen werden. Im Mittelpunkt der Steuerung der Bundesinitiative sollen aber die Qualitätssicherung und -entwicklung stehen. Neue Dienstleistungen der Servicebüros, eine noch verstärkte Unternehmensbeteiligung, der Ausbau der Entwicklungspartnerschaften – nicht nur zum Thema „Alleinerziehende“ –, insgesamt eine aktive Rolle in der nachhaltigen Familienpolitik sieht die Planung des Bundesfamilienministeriums vor.

41 Arbeitsgemeinschaften gemäß SGB II bzw. entsprechende Strukturen in Optionskommunen.

42 Die Evaluation enthält Online-Befragungen aller Bündnisse und Daten aus der Bündnisdatenbank, um Bündnisprofile zu erstellen und Entwicklungsverläufe nachzuzeichnen. Differenzierte Bilder der Wirkungen und die Nachhaltigkeit der Bündnisse durch Einschätzungen der Bündnisse sowie bündnisexterner Akteure sollen erstellt werden. Ein Abgleich mit regionalen Bedarfslagen durch die Verknüpfung mit Regionaldaten und Clusteranalyse zur Identifizierung unterschiedlicher Bündnistypen werden erarbeitet. Fallstudien ermöglichen die Best-Practice- und Kosten-Nutzen-Analyse zur Weiterentwicklung der Initiative sowie der einzelnen Bündnisse. Die Identifizierung unterschiedlicher Bündnistypen, die Herausarbeitung der spezifischen Erfolgs- und Misserfolgsfaktoren sowie die Ermittlung der zentralen Wirkungsdimensionen ist die Zielstellung der Evaluation. Die Betrachtung von Effektivität und Effizienz und die Ableitung von Handlungsempfehlungen sowie die Schaffung von Grundlagen für die künftige Beobachtung und Steuerung sind die Evaluationsprodukte. Es folgen eine Gesamtdatenbank mit Daten aus der Bündnisdatenbank, aus Befragungen und Regionaldaten, außerdem eine Handreichung über die Potenziale Lokaler Bündnisse, ein Leitfaden zur Weiterentwicklung sowie eine Machbarkeitsstudie mit einem validierten Kennzahlen- und Monitoringsystem (Kornwolf/Emminghaus/Stoyanov 2009).

VII.
Ausblick

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Familienberichterstattung als Planungsinstrument, Dienstleistungszentren rund um die Familie, Kommunale Familienbüros/-leitstellen und Lokale Bündnisse für Familie in unterschiedlicher Art und jedenfalls ineinandergreifend eine nachhaltige Familienpolitik ermöglichen. Die in der Projektfamilie „Kommunale Familienberichterstattung in NRW“ entstandenen Familienberichte stellen neues Wissen über Familien zur Verfügung, bündeln vorhandenes Wissen zum Thema „Familie“ und leisten damit eine Vereinheitlichung des Wissens über Familien in den jeweiligen Kommunen. Durch die Standardisierung des Instruments sind interkommunale Vergleiche möglich, was eine weitere Bewertungsmöglichkeit der jeweiligen kommunalen Ergebnisse darstellt. Die Familienberichte liefern damit das Wissen, das zur Gestaltung einer sozialraum- und zielgruppenorientierten nachhaltigen Familienpolitik vor Ort notwendig ist (Vollmer/Wunderlich 2009). Die Schaffung von Dienstleistungszentren rund um die Familie bietet sich als infrastrukturelle Familienförderung an, die mittel- bis langfristig hohe Renditen erwarten lässt – und zwar höhere als bisherige Ansätze der infrastrukturellen Familienförderung (Spieß 2009). Familienleitstellen als zentrale Anlaufstellen sollen den Alltag von Familien erleichtern, da Aufgaben gebündelt und bürokratischer Aufwand verringert wird: „Eine derartige Einrichtung (...) kann Familien zielgenau und mit weniger Bürokratie unterstützen“ (BMFSFJ 2009a: 91). Die Servicequalität familienbezogener Leistungen kann erhöht werden, indem ein transparentes Angebot und eine stärkere Nachfrageorientierung geschaffen wird. Insgesamt bietet sich die Einrichtung solcher Servicestellen für Kommunen als zusätzliche Möglichkeit an, mehr Bürgernähe zu schaffen (ebd. 2008b). Die Lokalen Bündnisse für Familie gelten zu Recht als innovative zivilgesellschaftliche Strategie (Dettling 2005) und als gelungenes Projekt für Kommunen, Bund, Wirtschaft und soziale Träger. Ein eigenständiges und Erfolg versprechendes lokales Politikfeld entsteht.

Literatur

Bartelheimer, P. (2001): Sozialberichterstattung für die Soziale Stadt. Methodische Probleme und politische Möglichkeiten, Frankfurt/New York.

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg (2009): Eltern-Kind-Zentren: Unterstützung, die bei den Familien ankommt. Unter: www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/1778694/2009-09-18-bsg-ausbau-eltern-kind-zentren.html, letzter Zugriff: 7.10.2009.

Bertelsmann Stiftung (2005): Aktion Demographischer Wandel – Bürgermeisterbefragung 2005, Gütersloh.

Bertram, H. (2005): Nachhaltige Familienpolitik, „Care" und kindliche Entwicklung. Impulspapier zur Initiative Lokale Bündnisse für Familie, Berlin.

Bertram, H. (2006): Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung. Innocenti Working Paper No. 2006-02. Florence, UNICEF Innocenti Research Centre.

Bertram, H. (2007): Verlorene Bindungen? Familiäre und außerfamiliäre Strukturen. In: Fällt die Gesellschaft auseinander? Herausforderungen für die Politik. Impulsvortrag Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Berlin, S. 93–106.

Bertram, H. (2008): Nachhaltige Familienpolitik: Zeit, Geld und Infrastruktur im kommunalen Kontext. Unveröffentlichtes Dokument, Humboldt-Universität zu Berlin.

Bertram, H. (2009): Nachhaltige Familienpolitik in Land und Kommunen. Vortrag auf der Fachveranstaltung „Brandenburg – ein Ort zum Wohlfühlen für Familien" in Potsdam.

Biedenkopf, K., Bertram, H., Niejahr, E. (2009): Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel" im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart.

BMFSFJ (Hg.) (2006): Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie" aus ökonomischer Sicht. Erstellt durch Prognos AG, Berlin.

BMFSFJ (Hg.) (2007): Familienatlas 2007. Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder. Erstellt durch Prognos AG, Berlin.

BMFSFJ (Hg.) (2008a): Starke Leistung für jedes Alter. Erste Ergebnisse der Wirkungsforschung im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Berlin.

BMFSFJ (Hg.) (2008b): Arbeitsbericht Zukunft für Familie. Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Erstellt durch Prognos AG, Berlin.

BMFSFJ (Hg.) (2009a): Memorandum Familie leben. Impulse für eine bewusste Zeitpolitik. Erstellt durch Prognos AG, Berlin.

BMFSFJ (2009b): Factsheet II: Daten zur Entwicklung der Lokalen Bündnisse. Unter: http://www.lokales-buendnis-fuer-familie.de/pdf_pressemappe/presse_8020091030140343. pdf, letzter Zugriff: 3.11.2009.

BMFSFJ (2009c): Factsheet I: Zusammensetzung der 590 Lokalen Bündnisse. Unter: http://www.lokales-buendnis-fuer-familie.de/pdf_pressemappe/presse_7920091030140328.pdf, letzter Zugriff: 3.11.2009.

BMFSFJ (2009d): Factsheet Unternehmensbeteiligung in Lokalen Bündnissen für Familie. Unter: http://www.lokales-buendnis-fuer-familie.de/pdf_unternehm_engagement/presse_320090831101641. pdf, letzter Zugriff: 9.10.2009.

BMFSFJ (2009e): Zahlen, Daten, Fakten – die Lokalen Bündnisse im Überblick. Unter: http://www.lokales-buendnis-fuer-familie.de/pdf_pressemappe/presse_8120091002101843. pdf, letzter Zugriff: 9.10.2009.

BMFSFJ (2009f): Entwicklungspartnerschaft „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende". Unter: http://www.lokales-buendnis-fuer-familie.de/index.php?link=webcontent.php&id=57, letzter Zugriff: 9.10.2009.

BMFSFJ (2009g): Fachgespräch „Vereinbarkeit für Alleinerziehende". Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen. Unter: http://www.lokales-buendnis-fuer-familie.de/pdf/090707_zusammenfassung_ergebnisse_fg_alleinerziehende.pdf, letzter Zugriff: 9.10.2009.

Bogumil, J. (2007): Strategische Ausrichtung der Kommunalverwaltung. Vertiefungstext im Kanal „Wissen" des Internetportals www.familie-in-nrw.de, unter: http://www.familie-in-nrw.de/verwaltungsstruktur.0.html, letzter Zugriff: 16.10.2009.

Bureau of Labor and Statistics (2008): American Time Use Survey 2007. U.S. Department of Labor, Washington D. C.

Datenreport (2008): Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt, Bonn.

Dettling, W. (2005): Neue Dynamik in der Familienpolitik. Lokale Bündnisse als gesellschaftliche Impulsgeber. Impulspapier zur Initiative Lokale Bündnisse für Familie, Berlin.

Deutscher Städtetag (2009): Gemeindefinanzbericht 2009. In: Der Städtetag, Heft 5.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2009a): Projektbericht – Ergebnisse der Recherche zur Situation der Beratungs- und Serviceleistungen für Familien in Kommunen und erste konzeptionelle Eckpunkte zum Ausbau und zur Weiterentwicklung Kommunaler Familienbüros. Unveröffentlicht, Berlin.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2009b): Beratung und Service für Familien. Ergebnisse einer Recherche zur Situation und zu den Perspektiven Kommunaler Familienbüros. Thesenpapier zum Fachworkshop „Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik“ des BMFSFJ am 8.9.2009 in Berlin.

Deutsches Jugendinstitut (Hg.) (2005): Ergebnisbericht der fachlich-wissenschaftlichen Begleitung Lokaler Bündnisse für Familie, München.

Dienel, Ch. (2006): Lokale Bündnisse für die Familie – die Erneuerung eines Politikfeldes vor Ort. In: L. Schwalb, H. Walk (Hg.): Local Governance – Mehr Transparenz und Bürgernähe? VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 300–313.

Diller, A. (2006): Eltern-Kind-Zentren. Grundlagen und Rechercheergebnisse. Deutsches Jugendinstitut, München.

Engelbert, A. (2009): Familien beteiligen. Hintergründe und Voraussetzungen. Vertiefungstext im Kanal „Wissen“ des Internetportals www.familie-in-nrw.de, unter: http://www.familie-in-nrw.de/beteiligungsprozesse.0.html, letzter Zugriff: 16.10.2009.

Faktor Familie GmbH (2009): Modulare Fortbildung Kommunale Familienberichterstattung, Bochum.

Gerlach, I., v. Hehl, S., Juncke, D. (2009): Vom Nutzen aktiver Familienpolitik. Wie Kommunen sowie Kreise profitieren können. Expertise im Auftrag des BMFSFJ, unveröffentlicht, Münster.

Hessischer Landtag (2008): Antrag der Fraktion der CDU betreffend Modellprojekt für Familienzentren, Drucksache 17/53, unter: http://starweb.hessen.de/cache/DRS/17/3/00053.pdf, letzter Zugriff: 3.11.2009.

Hoffmann, E. (2007): Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut. Best-Practice-Modelle für die Stärkung von Kindern und Eltern. Konrad-Adenauer-Stiftung (Heft 1), St. Augustin/Berlin.

Hoffmann, E. (2009): Aufgaben und Möglichkeiten lokaler Familienpolitik. Kurzexpertise, unveröffentlicht, St. Augustin/Berlin.

Hoghughi, M., Long, N. (2004): Handbook of Parenting – Theory and Research for Practice. Sage Publication, London.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2009): Standortfaktor Familienbewusstsein. Expertise im Auftrag des BMFSFJ, unveröffentlicht, Köln.

Kempkes, G., Seitz, H. (2006): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bildungsausgaben: Eine empirische Analyse der Ausgaben im Schulbereich auf der Länder- und Gemeindeebene. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistik und Wissenschaft, Bd. 6: Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem, Wiesbaden, S. 99–127.

Koalitionsvereinbarung Thüringen (2009): Vereinbarung zwischen CDU und SPD Landesverband über die Bildung einer Koalitionsregierung des Thüringer Landtages. Starkes Thüringen – innovativ, nachhaltig, sozial und weltoffen. Unter: http://spdnet.sozi.info/thueringen/dl/Koalitionsvereinbarung_SPD_CDU_Thueringen_2009.pdf, letzter Zugriff: 3.11.2009.

Kornwolf, S., Emminghaus, Ch., Stoyanov, B. (2009): Untersuchungen und Empfehlungen zu ausgewählten Aspekten der Wirkung Lokaler Bündnisse für Familie.

Kubis, A., Schneider, L. (2007): Determinants of Female Migration – The Case of German NUTS 3 Regions. IWH Working Paper 12, Halle.

Meier-Gräwe, U. (2009): Armutsprävention im Sozialraum – ein Schlüssel zur Verringerung von Bildungsarmut. In: Sozialer Fortschritt; Jahrgang 58/Heft 2–3; Februar/März, S. 29–36.

Merkle, T., Wippermann, C. (2008): Eltern unter Druck. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ch. Henry-Huthmacher, M. Borchard (Hg.), Lucius & Lucius, Stuttgart.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (2008): Dritter Bericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie zum Umsetzungsstand des Maßnahmenpakets für Familien- und Kinderfreundlichkeit, Potsdam.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI) (2007): Kommunales Management. Strategien und Konzepte für eine zukunftsorientierte Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI) (2009): Zertifikationskurs Kommunales Familienmanagement für Familien, Bochum.

Mückenberger, U. (2007): Was ist und wozu brauchen wir Zeitpolitik? Einleitungsvortrag zur Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik am 26.10.2007, München.

Müller-Burhop, M. (2008): Elternwünsche. Eine empirische Studie über Wünsche und Vorstellungen junger Eltern und daraus folgende Konsequenzen für Politik und Gesellschaft. In: F. W. Busch et al. (Hg.): Familie und Gesellschaft, Band 1, Ergon-Verlag, Würzburg.

Nachmann, S. (2009): Das Berliner Konzept: Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Berlin vernetzen für Familien: Handlungsbedarf, Konzepte und gelungene Beispiele, Berlin, S. 16–21.

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (2006): Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen. Förderung familienfreundlicher Infrastrukturen. Unter: http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C25537424_L20.pdf, letzter Zugriff: 20.10.2009

Programm KiFa (2009): Konzeption. Zielgruppe: bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Unter: www.kifa.de/pdfs/KiFa_Faltbl_Konzeption2009_web.pdf, letzter Zugriff: 23.10.2009.

Rambøll Management Consulting GmbH, DIW econ (2009): Ausgewählte Aspekte der Wirkung Lokaler Bündnisse für Familie. Zwischenbericht zur Evaluation der Lokalen Bündnisse. Im Auftrag des BMFSFJ, unveröffentlicht, Berlin.

Rauschenbach, Th. (2008): Neue Orte für Familien. Institutionelle Entwicklungslinien eltern- und kinderfördernder Angebote. In: A. Diller, M. Heitkötter, Th. Rauschenbach (Hg.): Familie im Zentrum. Kinderfördernde und elternunterstützende Einrichtungen – aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen. Verlag Deutsches Jugendinstitut, München, S. 133–155.

Ravensburger Verlag (2008): Pressemitteilung Große Elternumfrage 2009 zur Situation und Wünschen von Familien. Unter: http://www.ravensburger.de/web/Elternumfrage2009__3245371324541132881427588769 3.html, letzter Zugriff: 23.10.2009.

Roland Berger Strategy Consultants, Prognos AG (2009): Evaluation des Servicebüros der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“. Abschlussbericht, unveröffentlicht, Basel.

Sächsisches Landesamt für Familie und Soziales (2007): Modellprojekt „Familienbildung in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen“. Abschlussbericht zur 2. Modellphase, Dresden.

Sächsischer Landtag (Hg.) (2008): Demographische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder. Bericht der Enquete-Kommission, Dresden.

Schmidt, N. (Hg.) (2006): Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V., Berlin.

Schultz, A., Strohmeier, K. P., Wunderlich, H. (2009): Örtliche Familienpolitik – warum und wie? In: der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Heft 1, S. 185–206.

Seitz, H. (2006): Nachhaltige kommunale Finanzpolitik und demographischer Wandel. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, S. 180–186.

Seitz, H. (2008): Die Demographieabhängigkeit der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Eine empirische Analyse unter Berücksichtigung der föderalen Verflechtungen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Siebter Familienbericht (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Bundestag-Drucksache 16/1360, Berlin.

Spieß, K. (2009): Familienzentren, Eltern-Kind-Zentren, Mehrgenerationenhäuser – neue Chancen infrastruktureller Familienförderung. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Berlin vernetzen für Familien: Handlungsbedarf, Konzepte und gelungene Beispiele, Berlin, S. 10–15.

Statistisches Bundesamt (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009): Fachserie 11, Reihe 1 Allgemeinbildende Schulen, Wiesbaden.

Strohmeier, K. P. (2009): Lokale Planung für Familien – Elemente einer nachhaltigen örtlichen Familienpolitik. Thesenpapier zum Fachworkshop „Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik" des BMFSFJ am 8.9.2009 in Berlin.

Vollmer, J., Wunderlich, H. (2009): Lokale Planung und Steuerung für Familien in NRW. Kurzexpertise, unveröffentlichtes Manuskript, Bochum.

Whalley, M. (2006): Early Excellence – Familienzentren für soziale Gerechtigkeit. Unter: http://www.aktiv-fuer-kinder.de/index.php?id=3520, letzter Zugriff: 5.10.2009.

Wunderlich, H. (2007): Kommunale Familienberichterstattung in Theorie und Praxis – Eine Bestandsaufnahme, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Heft 4.

Zander, M., Dietz, B. (2003): Kommunale Familienpolitik. Expertise für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW" des Landtages von Nordrhein-Westfalen.

ZEFIR (2008): Stellungnahme zum Familienatlas. Unter: http://www.familie-in-nrw.de/index.php?id=1628, letzter Zugriff: 20.10.2009.

Linkliste

Allgemeine Links:

http://www.familie.dgb.de (Projekt des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten)

http://www.familie-in-nrw.de (IQZ – Informations- und Qualifizierungszentrum für Kommunen in Nordrhein-Westfalen)

http://www.familien-wegweiser.de (Informationen für Familien vom BMFSFJ)

http://hanau.de (Familiengerechtes Hanau – eine Stadt baut Zeitbrücken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf)

http://www.kifa.de (Kinder- und Familienbildung in Ludwigsburg)

http://www.kinderrechte.de (Aktionsbündnis für Kinderrechte)

http://www.kommaff.de (Kommunales Management für Familien in Nordrhein-Westfalen)

http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de (Initiative Lokale Bündnisse für Familie)

http://www.mehrgenerationenhaeuser.de (Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser)

http://www.ruhr-uni-bochum.de/zefir (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum)

Pilotprojekte in der Initiative Lokale Bündnisse für Familie für die Entwicklungspartnerschaft „Vereinbarkeit für Alleinerziehende“:

http://www.bergische-vhs.de/publ/?todo= (Netzwerk für Alleinerziehende im Bezug von Arbeitslosengeld II zur Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitssituation in Solingen und Wuppertal)

http://www.bfz.de/wwwpubroot/Standorte/bfz_Hof/Projekte/ho_allein.rsys (Vereinbarkeit für Alleinerziehende im SGB II in Hof)

http://www.diakonie-altholstein.de/index.php?seid=312 (Netzwerk für Alleinerziehende in Neumünster)

http://www.familie-heidelberg.de/index-b-167-2081.html (Entwicklung kooperativer Strukturen zur Unterstützung Alleinerziehender im SGB-II-Bezug in Heidelberg)

http://www.familienlandkreis.de (Bündnis für Familie im Landkreis Ansbach)

http://familienzentrum-jena.de (Zentrum für Familie und Alleinerziehende e. V. in Jena)

http://www.frauenzentrum-cottbus.de/cms/index.php (ANNA – Aufbau einer nachhaltigen Netzwerkstruktur zur Unterstützung Alleinerziehender in Cottbus)

http://www.fuerther-buendnis-fuer-familien.de/1432.0.html (FAN – Fürther Alleinerziehenden-Netzwerk)

http://www.hannover.de/de/buerger/pres_med/RH_pm-2009-05/pm207.html (Pro AIdA – Produktionsnetzwerk für Alleinerziehende zur Integration in den Arbeitsmarkt in der Region Hannover)

http://www.ibsonline.de/kontakt.html (NenA – Netzwerk zur nachhaltigen Unterstützung Alleinerziehender in Rostock)

http://invia-hamburg.de/index.php?option=com_content&task=view&id=7&Itemid=9 (Netzwerk für Alleinerziehende im Bezirk Hamburg-Harburg)

http://www.muetterzentrum-dortmund.de (PALME – Präventives Elterntraining für alleinerziehende Mütter in Dortmund)

http://www.wiesbaden.de/frame.php?menue=/die_stadt/v_rathaus/menue.php&aID=435&content=/die_stadt/v_rathaus/aemter.php&werbeseite=&smallbanner= (Aufbau und Fortentwicklung von Produktionsnetzwerken zur Verbesserung der beruflichen Integration und der Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf für Alleinerziehende mit SGB-II-Leistungen in Wiesbaden)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05/77 80 90*
Fax: 0 18 05/77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Wissenschaftliche Beratung:
Prof. Dr. Hans Bertram (Humboldt-Universität zu Berlin)
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Freie Universität Berlin)

Redaktion: Nancy Ehlert (Humboldt-Universität zu Berlin)

Der redaktionellen Erarbeitung des Monitors vorgeschaltet war ein gleichnamiger Workshop im Oktober 2009 als Teil der Arbeit des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen.

Stand: Dezember 2009, 1. Auflage

Gestaltung: www.avitamin.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50**
Fax: 0 30 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

* jeder Anruf kostet 14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich
** nur Anrufe aus dem Festnetz, 3,9 Cent pro angefangene Minute